



# Schwarzrotgold über Mainz.

Der Einmarsch der Schutzpolizei.

Mainz, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Mainz ist frei von fremden Truppen und damit hat das Rheinland seine Freiheit wieder erlangt. Wahre Menschenströme durchzogen am Montag die Straßen von Mainz. Ein Flaggmeer Schwarzrotgoldener und heftiger Fahnen gab Kunde von dem historischen Ereignis.

Am Montag vormittag ging der letzte Akt der Besetzung zu Ende. Von Mainz-Castel her marschierte gegen 11 Uhr das letzte französische Regiment zum Schloß, dem Wohnsitz des Oberkommandierenden General Guillaumat. Um 11 Uhr wurde die französische Flagge in feierlicher Weise niedergeholt. Dann marschierten die Truppen zum Bahnhof, wo die letzte Parade französischer Truppen auf rheinischem Gebiet stattfand. Um 1.30 Uhr fuhr der Sonderzug aus der Mainzer Bahnhofshalle: das Rheinland war frei.

Nachmittags rückte die Schutzpolizei ein, von Tausenden und aber Tausenden begrüßt und gefeiert. Ihr Einzug glich einem wahren Triumphzug. Um 3 Uhr wurde auf allen bisher von den Franzosen besetzten Gebäuden, dem Schloß, dem Gouvernements- und die deutsche Reichsflagge gehißt. Deutsche Flieger kreuzten über der Stadt. Mainz und damit das Rheinland sind frei.

## Nationalsozialistische Störenfriede.

Mainz, 30. Juni. (Eigenbericht.)

In Mainz begaben sich bald nach dem Abzug der französischen Truppen nationalsozialistische Rowdys nach dem Vorbild ihrer Gefinnungsfrunde im unbesetzten Gebiet sofort an die Arbeit. Sie empelten ihnen als andersgeartete bekannte Persönlichkeiten an, belästigten jüdische Einwohner und vergriffen sich an Personen, die angeblich ehemals kaiserlich gewesen sein sollen. Einem Mainzer Arzt, der in der Separatistenzeit die Stelle eines Provinzialdirektors der freien Rheinrepublik bekleidet hatte, wurden die Fenster eingeworfen.

In allen Fällen griff die kaum eingerückte Schutzpolizei ein und stellte die nationalsozialistischen Rowdys fest.

## Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Ein neues Mandat in Jossen erobert.

Jossen, 30. Juni.

Bei der heutigen Neuwahl des Jossener Stadtparlaments, die sich infolge Auflösung wegen eines Formfehlers notwendig machte, erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	1191	(17. 11. 29: 1068)	6 Mandate (5)
Kommunisten	302	(. . . . . 366)	1 Mandat (2)
Bürgerliche Liste III.	358		2
IV	951	(. . . . . 1377)	5

Der gemeinsame Angriff der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist schmächtig mislungen. Die Kommunisten, die auch bei dieser Wahl ihre ganze Agitation ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richteten, haben ihre maßlose Hebe mit dem Verlust eines Mandats bezahlen müssen, während die aufopfernde Arbeit der sozialdemokratischen Funktionäre einen weiteren Mandatsgewinn für die Sozialdemokratie zur Folge hatte. Die Bildung einer bürgerlichen Mehrheit ist damit verhindert worden.

## Kongresspräsident Nehru verhaftet.

Die Boykottkomitees aufgelöst.

Bombay, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Der Präsident des allindischen Nationalkongresses, Motilal Nehru, seit der Festnahme Gandhis Führer der Bewegung, ist verhaftet worden. Gleichzeitig wurden die Arbeitskomitees des Kongresses und ihre provinziellen Unterabteilungen für ungesetzlich und aufgelöst erklärt. Damit ist der Kampf um seinen erbittertsten und vielleicht entscheidenden Abschnitt angelangt.

Der allindische Kongress und seine Arbeitskomitees waren bisher Kopf und Arm der Bewegung. Am Kongress wurden die Pläne ausgearbeitet, die Beschlüsse gefaßt und die Befehle an die Bevölkerung ausgegeben; die Komitees sorgten für die Ausführung. Wenn nunmehr der Führer verhaftet und die ausführenden Organe als ungesetzlich erklärt sind, so ist mit der Verhaftung aller Beteiligten zu rechnen. Solche weittragenden Maßnahmen werden sich jedoch nicht widerstandslos und nicht ohne Kampf durchführen lassen. Infolgedessen ist mit neuer Erbitterung und mit neuen Kämpfen zu rechnen. Nicht ausgeschlossen ist, daß der Kongress selbst das Schicksal seiner Unterkomitees bald teilen wird.

Die neuen Maßnahmen der anglo-indischen Regierung bestätigen die außerordentliche Wirksamkeit des Boykotts gegen die englischen Waren. Der allindische Kongress hatte die gegenwärtige Woche zu einer Boykottwoche erklärt, in der die Bewegung in ganz Indien von Haus zu Haus getragen und mit allen agitatorischen Mitteln verschärft werden sollte. Selbst Kinder von 6-10 Jahren agitieren mit.

Vor seiner Verhaftung hat Nehru den Bruder von Patel, den früheren Präsidenten der Nationalversammlung, zu seinem Nachfolger bestellt. Mit Nehru ist auch sein Privatsekretär ins Gefängnis gewandert.

## Trauerstreik.

Bombay, 30. Juni.

Als Protestkundgebung gegen die Verhaftung des Präsidenten Nehru hat der allindische Kongress einen dreitägigen Trauerstreik verkündet. Die Häfen in Bombay haben sofort geschlossen. Desgleichen alle Geschäfte, deren Inhaber Hindus sind.

## Kanaltunnel abgelehnt.

Regierung findet Mehrheit.

London, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus hat sich mit 179 gegen 172 Stimmen den Grundsätzen der Regierung gegen den Kanaltunnel angeschlossen und einen Antrag von 100 Abgeordneten für den Bau des Kanaltunnels durch Privatinteressenten abgelehnt. Sämtliche Parteien hatten ihren Mitgliedern die Abstimmung freigegeben.

In der Debatte vertrat der Arbeitsabgeordnete Thurtle sehr lebhafte den Kanaltunnel. Macdonald wiederholte noch einmal die in dem Weißbuch bekanngebenen Gründe der Regierung gegen den Bau; ein Tunnelbau durch Privatinteressenten komme nicht in Frage.

# Reichsbanner grüßt den Rhein!

Zehntausende im Lustgarten.

Zu Häupten des Redners weht das Schwarzrotgoldene Banner mit der Aufschrift „Einheit, Freiheit, Vaterland“. Der Gau Berlin des Reichsbanners Schwarzrotgold bezieht im Lustgarten die Feier der Befreiung des Rheinlandes, die die republikanische Friedenspolitik herbeigeführt hat.

Schon um die 19. Stunde fällt sich das weite Rund des Platzes, es kommen nicht Tausende, nein Zehntausende. Auf dem Platz vor dem früheren Kaiserhof ragen die Fahnenstangen mit dem Zeichen der Republik. Platzmusik spielt. Die Fahnen rücken ein, an ihrer Spitze ein altes Banner mit der eingestrichelten Zahl 1918.

## Ministerpräsident a. D. Störling

leitet die Kundgebung ein. „Trotz der Rat der Zeit hat sich das Reichsbanner entschlossen, den Tag zu feiern, an dem das Rheinland von fremder Besetzung frei wurde. Unsere Kundgebung soll mehr sein als nur Ausdruck der Freude, sie soll die Friedenspolitik der Republik bejahen und für die Faschisten, die diese Politik bekämpfen, eine Mahnung sein, daß wir Republikaner auf der Wacht sind. Diese Menschen, die bei jeden politischen Anstande, sich gegenüber Erzberger und Rathenau bis zum feigen Nord vergingen und Ebert und Stresemann schmähten, lassen sich gesagt sein lassen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ihre widerwärtigen Methoden ablehnt.“ Das Wort nimmt sodann zur Festrede

## Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid:

„Unsere Freude ist stark und berechtigt an dem Tage, da im befreiten Rheinland die Schwarzrotgoldene Flagge der Republik hochgeht und die Fahnen fremder Länder eingezogen werden. Der Begriff des Rheinlandes umfaßt alles, deutsches Kulturgut, aber dieser Strom ist uns nicht nur die Stätte ehrwürdiger Sagen, nicht nur die Wiege deutscher Kultur, sondern Symbol des Fortschritts und der Wirtschaftskraft. Dieser Teil der Heimat wurde uns besonders ans Herz in den Jahren nach dem Krieg. Die Imperialisten in den Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, wollten

aus dem rheinischen Lande Puffer- und Vasallenstaaten

machen. In Versailles einigte man sich auf die militärische Besetzung, die bis zum Jahre 1935, nach dem Wunsche der Reaktionen aber bis in unaufsehbare Zeit dauern sollte. Schwerste Zeiten durchlitt das Rheinland, als fremde Generale die Umtriebe der separatistischen Gefellen unterstützten, die der deutschen Heimat das Rheinland entreißen wollten. Aber es gab damals auch in Deutschland Leute, die sonst auf ihren Patriotismus pochten und dennoch mit dem Gedanken spielten, das Rheinland vorübergehend verlassen zu lassen, um es dann mit der Gewalt der

Waffe wieder zu erobern. Wir wollen mit dieser Festsetzung keine alten Wunden aufreißen, sondern nur den dunklen Hintergrund malen, vor dem sich heute unsere Freude abspielt. Es war unendlich mühsam, in allen den Jahren der Not die Einsicht der politischen Vernunft einzuhalten. Heute müssen wir, einzig und allein die Gedanken der Verständigung und des Friedens haben das Rheinland befreit, und ohne diese beharrliche Politik wäre es

uns vielleicht für ewige Zeiten verloren

gegangen. Wir gedenken in Dankbarkeit derer, die Ruf und Leben für diese Politik hingaben. Wir wissen in Dankbarkeit, daß Erzberger und Rathenau um ihrer Friedenspolitik willen hingerichtet wurden, wir wissen, daß unser erster Reichspräsident Ebert immer die Idee der Bülkerverständigung vertrat, und wir denken auch an den zu früh verstorbenen Stresemann, der leider den heutigen Tag nicht mehr erlebte, der aber sein röchliches Teil zum Werte der Befreiung beigetragen hat. Aber nicht nur Deutsche haben ein Verdienst an der Rheinlandbefreiung. Daß dieser Pfahl aus dem deutschen Fleisch herausgezogen wurde, danken wir auch der sozialistischen Internationale, danken wir den demokratisch empfindenden Politikern in England, Frankreich und Belgien und, das sei offen gesagt, auch den Menschen, die in diesen Ländern aus ehrlichen christlichen Gefühlen heraus die Rheinlandbesetzung bekämpften. Ich liebe nicht an, in dieser Stunde den Namen besonders eines Franzosen zu nennen, der seine Arbeit dem Frieden widmete: Aristide Briand. Für uns ist die Rheinlandbefreiung ein Mahnruf an das deutsche Volk und namentlich an die arbeitende Klasse, in der Politik des Friedens und der Versöhnung zu beharren.

Der Rhein soll die Völker nicht trennen, sondern verbinden.

Die Politik der Bülkerverständigung kann nur durchgeführt werden in der demokratischen Republik, und diese Republik kann nur bestehen, wenn sie an ihrer Friedenspolitik festhält. Sie, Kameraden vom Reichsbanner, sind die Soldaten der Republik und damit auch die Soldaten des Bülkerverständens. Der befreite Rhein sei uns ein Symbol des Friedens und der Verständigung. Wir scharen uns um das Banner der Republik, und in dieser Stunde, da das Rheinland den langersehten Tag feiert, rufen wir: Die deutsche Republik, die den Rhein befreite, lebe hoch!

Begeistert stimmte die Menge ein. Die Musik setzte ein, dann, als es dunkel wird, beginnt das Feuerwerk. In drei Meter hoher Aufschrift leuchten die Worte über den Platz: „Der Rhein ist frei.“ Das Reichsbannerlied erschallt:

„Recht haben wir sie doch befreit. . .“

# Spaltplatz im Nazilager.

Offener Kriegszustand zwischen Goebbels und Otto Straßer.

Es gärt bei den Nationalsozialisten. Durch den Lantam einer Sportpalastversammlung sucht Herr Goebbels davon abzulenken, daß in seiner Zeitung die Palastrevolution ausgedrückt ist. Zwar versteht sein „Angriff“ dem ausgetretenen Rossakowski noch mehrere Gesühritte und verkündet, daß er vor dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Partei „gestanden“ habe. Für den Sportpalast hat sich Herr Goebbels derweil einen Ertrag-Rossakowski, nämlich den aus einem gleichfalls kerydauschen Namen hörenden Leipziger Studentowski beschreiben. Doch schon wird gerumelt, daß auch Studentowski gleich Rossakowski den Pfad der Wärränigen wandelt!

Die Wade der Abtrünnigen führen zu Otto Straßer, dem Bruder Gregors. Die beiden erschienenen Nummer des seit gestern nicht mehr von Gregor, sondern von Otto Straßer herausgegebenen „Nationalen Sozialist“ ist ein Sinnbild hierfür. Denn den Leitartikel dieses Blattes schreibt der — aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossene Richard Schapke! Herr Schapke steht auseinander, daß zwischen den „Nationalsozialisten“ und dem „auf das Niveau eines Kriegervereins gesunkenen“ Stahlhelm keine Gemeinschaft sein könne.

Herr Goebbels schlägt Schapke aus, Herr Straßer läßt Schapke in seinem Blatt der Partei Richtlinien erteilen!

Deutscher kann der Konflikt Goebbels-Straßer kaum in Erscheinung treten.

Es ist auch nur konsequent, wenn ein Informationsblatt für die Funktionäre der Sektion Wilmersdorf bereits gegen den Straßerschen Nationalsozialisten einen förmlichen Bannstrahl schleudert. In diesem Informationsblatt Nr. 3 wird unter Punkt 6 gesagt:

Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß für unseren Gaubereich allein als Tageszeitung „Völkischer Beobachter“ und als Halbwochenzeitung „Der Angriff“ in Betracht kommt. Es wird den Sektionen jede Tätigkeit für den „Nationalsozialist“ verboten. Wer dieses Verbot überschreitet, handelt wider die Parteidisziplin und hat ein Verfaßten beim Ufala (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Schriftl.) zu gemärtigen. (Gau- und Sektionsführer 25.)

Berlin-Wilmersdorf, den 19. 6. 30. (L. S.) Der Sektionsführer.

Der Konflikt ist unseugbar da. Alles deutet auf eine bevorstehende Spaltung hin. Dies bestätigt auch ein Artikel, der scheinend aus dem Lager der Nationalsozialisten gut informierten konservativen „Krenz-Zeitung“. In ihm heißt es:

Ein Gegensatz zwischen der „Berliner Richtung“ um die Brüder Straßer und der „Hilferrichtung“ innerhalb des Nationalsozialismus besteht ja schon lange. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er jetzt offen zum Ausdruck kommt und daß noch andere Persönlichkeiten in den Konflikt hineingezogen werden, der, wie leicht zu erkennen ist, mehr als persönlichen Charakter hat. Die Auseinandersetzungen, die programmatischen Hintergründe haben,

können sehr leicht und sehr schnell zu einer Spaltung der Partei führen

— eine überraschende Wendung der Dinge, die jetzt nicht zu vermuten war.

Nach der „Krenz-Zeitung“ sind die Versuche einer Partei-

abspaltung „schon recht weit gediehen“. Dies bestätigen auch Informationen, die uns zugehen.

Danach plant Otto Straßer die Gründung einer „national-revolutionären“ Sonderpartei.

Offenbar hält er diese Methode für geeignet, durch Kochnung der kommunistischen Phrasologie den Radikalismus von der äußersten Linken erfolgreiche Konturen zu machen. Otto Straßer hat für dieses Handwerk viel Begabung. In seiner reichhaltigen Vergangenheit ist er vor Jahren nicht nur Sozialdemokrat und Mitarbeiter des „Vorwärts“, sondern auch Vorstandsvorsitzender des republikanischen Führerbundes gewesen. Als solches erregte er bald Kopfschütteln, da er zu allen möglichen gewalttätigen Aktionen aufforderte, so daß bald die Meinung aufkam, daß man es entweder mit einem Geisteskranken oder mit einem Völkspiegel zu tun habe. Aber keins von beidem war der Fall. Es ist eben Otto Straßers Natur, daß er ohne einen Taumel blutrünstiger Phrasen und an Blutrausch gemahnende Erregungszustände sich nicht wohl fühlt.

Auch in der Nationalsozialistischen Partei besteht keine „Lafit“ darin, jeden Radikalismus, woher er auch kommen möge, um einige Grade zu übertrumpfen. Sein „Nationaler Sozialist“ schlägt „proletarische“ Töne an, gegen die selbst die „Rote Fahne“ als Kapitalistenblatt erscheint. Aber von eigentlichen Drohtzählern, die sehr wohl wissen, wie abhängig die NSDAP. von den Geldgebern der Industrie ist, paßt diese wilde Geste nicht. Und so kommt es denn zum Konflikt zwischen „Nationalsozialisten“ und „National-revolutionären“, wobei das Völkische ist, daß die einen so wenig Sozialisten wie die anderen Revolutionäre sind.

## Verfassungsschutz gegen Fried.

Reichsgericht erklärt Thüringer Abbau für verfassungswidrig.

Die Feld-Mehrheit des thüringischen Landtags hatte der Regierung ein Ermächtigungsgesetz gegeben, dessen § 3 ihr gestattet, Beamte auf Werklosgeld zu setzen unter der Vorbedingung, daß die betreffende Stelle aufhöre.

Entsprechend einer Klage des Reichs hat das Reichsgericht diesen Paragraphen als der Reichsverfassung widersprechend erklärt.

In der Urteilsbegründung weist das Reichsgericht darauf hin, daß der Schutz der Beamten vor einem willkürlichen Abbau durch die Fassung des Ermächtigungsgesetzes aufgehoben wurde. Damit werde in das Recht der Beamten auf Bestallung im Amt in einschneidender Weise eingegriffen. Der Eingriff in dieses Recht verstoße daher gegen Artikel 129 der Reichsverfassung.

## Volkspartei und Deckungspläne.

Entscheidung der Fraktion verlagert.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird sich am Dienstag mit den neuen Deckungsplänen der Regierung Brünning beschäftigen. Ihre Entscheidung ist jedoch erst nach der Sitzung des Reichstagspräsidenten der Deutschen Volkspartei zu erwarten, die am Freitag in Berlin stattfindet.

# Uralzeff und Kaufhold.

Eine Erklärung im Untersuchungsausschuss.

Zu Beginn der Montagssitzung des Raiffeisen-Untersuchungsausschusses wies der Abg. Jürgensen (Soz.) auf die Presse-meldungen hin, die im Anschluß an die Verhaftung des Russen Uralzeff erschienen sind und geheime Kaufverhandlungen zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold und Uralzeff über Befahrungsmaterial gegen die Raiffeisenbank behaupten. Eine Klärung dieser Angelegenheit sei notwendig. Diese Anregung wurde von verschiedenen Seiten unterstützt. Aus geschäftsanbahnenden Gründen schloß der stellvertretende Vorsitzende Leinert während dieser Besprechungen die Öffentlichkeit aus. In der nichtöffentlichen Sitzung erklärte der Abg. Kaufhold, daß er in dieser Angelegenheit bereits eine Richtigstellung an die Presse gemacht habe. Er stellte alsdann den Sachverhalt folgendermaßen dar: Im Februar d. J. sei Uralzeff an ihn herangetreten mit der Behauptung, daß ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt in Kassel Material gegen die Raiffeisenbank sammelt. Aufgefordert, hierfür Beweise zu erbringen, habe Uralzeff ein höchst merkwürdiges Scheibchen des Rechtsanwalts vorgelegt, von dem er — Kaufhold — angehe, daß es gefälscht gewesen sei. In dem Schreiben habe nur gestanden, daß der Rechtsanwalt nicht als solcher, sondern als „Tripalmann“ gegen Provision die angeblichen Ansprüche Uralzeffs gegen die Raiffeisenbank vertreten wolle. Dann sei Uralzeff mit der Behauptung hervorgetreten, daß er

befahrendes Material gegen die Raiffeisenproduzenten Krause und Lange

befähe. Kaufhold habe ihm darauf erwidert: Wenn dieses Material dazu führen könne, von den genannten Produzenten Bestellungen für die Raiffeisenbank zurückfordern zu können, so werde die Raiffeisenbank in der Angelegenheit der noch nicht verkauften Radeberger Fabrik „Orion“ dem Uralzeff entgegenkommen beweisen. Andere Versprechungen habe er dem Uralzeff nicht gemacht. Uralzeff habe darauf ein Material vorgelegt, das keinen Beweismert gegen Krause und Lange gehabt habe, nämlich Kopien von ihm selber geschriebener Briefe, in denen er (Uralzeff) den Produzenten angeblich erhaltene Bestellungen vorhält. Diese Briefe habe Kaufhold an den Syndikus der Raiffeisenbank, Rechtsanwalt Wies weitergeleitet. Jetzt habe sie die Kriminalpolizei. Uralzeff habe dann nichts weiter von sich hören lassen. Er sei dann aber bei einigen seiner alten Gläubiger gewesen und habe ihnen gefälschte notarielle Urkunden mit der angeblichen Unterschrift Kaufholds vorgelegt, in denen dieser dem Uralzeff in einem Falle 45 000 Mark, auf einer zweiten Urkunde 125 000 Mark, auf einer dritten 250 000 Mark und schließlich sogar 750 Mark für sein Material anbietet.

Zusätzlich haben sich Leute — obendrein bereits von Uralzeff geschädigte Personen — gefunden, die dem U. auf diese Urkunden erneut Vorstöße gegeben haben.

So ein Herr Mebel 10 000 M., ein Herr Pintos 6000 M., ein dritter Herr 1000 M.

Der stellvertretende Vorsitzende Leinert stellte fest, daß im Februar 1930, als Herr Kaufhold mit Uralzeff wegen des Materials verhandelte, der Untersuchungsausschuss seine Arbeiten in der Raiffeisenangelegenheit noch nicht abgeschlossen hatte. Eine Rechtsverpflichtung des Abgeordneten, privat erlangtes Material dem Ausschuss zuzuleiten, bestünde nicht. Im übrigen sei durch die Berichterstattung an das Plenum und durch die Beschlußfassung des Ausschusses

der Ausschuss nicht mehr in der Lage, das Thema Raiffeisen nochmals sachlich zu behandeln.

Er vom Sonntag einen neuen Auftrag erhält. Der Ausschuss stimmt dieser Auffassung bei.

Die Angelegenheit Kaufhold-Uralzeff dürfte mit der oben wiedergegebenen Erklärung Kaufholds zunächst erledigt sein. Wenn vielleicht auch rechtlich zulässig, so ist es doch sachlich höchst bedenklich, daß ein Mitglied eines Untersuchungsausschusses während der Dauer der Verhandlungen sich von einem Hauptzeugen Befahrungsmaterial aushändigen läßt, ohne daß der übrige Ausschuss davon erfährt. Die Bedeutung der Angelegenheit wird hier nur dadurch herabgemindert, daß das von Uralzeff gegebene Material wertlos war. Aber sicher hat Herr Kaufhold nicht auf wertloses, sondern wertvolles Material spekuliert, als er mit Uralzeff verhandelte.

# Reichswehr braucht Pferde!

Reichsfinanzminister kann nicht sporen!

In unserer gestrigen Abendausgabe wiesen wir erneut darauf hin, daß für die von der Reichsregierung geplante Sparaktion sich im Reichswehretat ein reiches Beidigungsfeld findet und zeigen an einer Ausfaltung der „Reichswehretat-Vergütung“, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Auffassung von der Notwendigkeit vorläufiger Wirtschaft sich mehr und mehr verbreitet und an Stärke gewinnt. Demgegenüber bemerkt ein leibendes Haushaltsauschussmitglied gegenwärtigen Antrag des Reichswehrministeriums, daß die hohe Bureaupost sowohl im Reichswehr- wie im Reichsfinanzministerium gar nicht an Einsparungen im Reichswehretat ent.

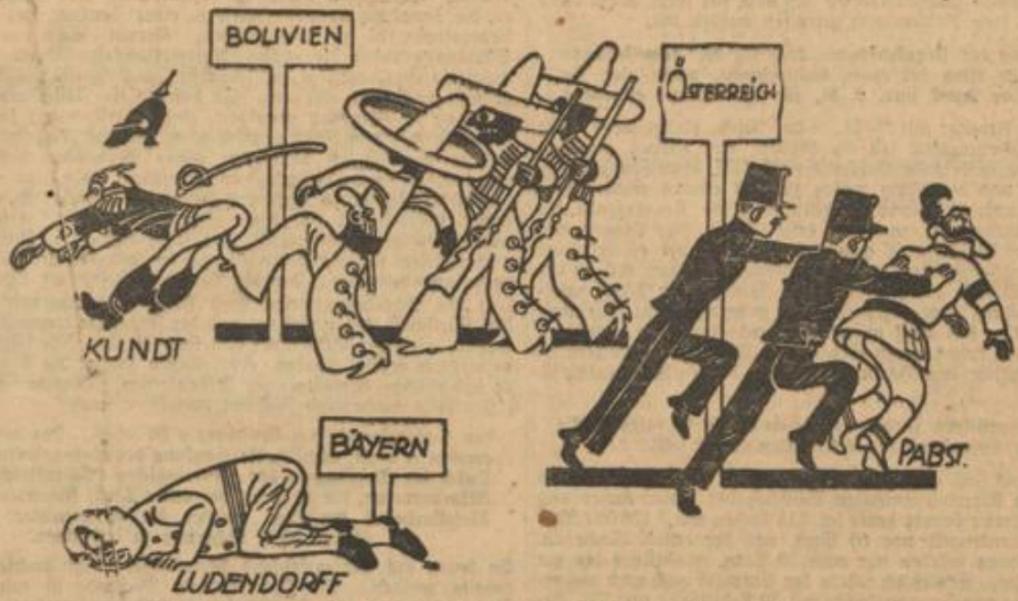
Es handelt sich um folgendes: Nach dem Haushaltsplan 1930 sind zum Einkauf von Remonten 4 945 000 M. vorgesehen. Von diesem Haushalt ist nach dem Haushaltsauschuss der Betrag von 2 840 000 Mark durch den Haushaltsauschuss zur Auszahlung bereits genehmigt. Das Reichswehrministerium teilt nun mit, daß dieser Betrag für den Remonteauftrag nur bis Ende Juni reicht und fährt fort: „Wenn über den Rest der Mittel in Höhe von 2 105 000 M. nicht alsbald verfügt werden darf, müssen die Remontierungskommissionen sofort Auftrag erhalten, die noch beschliffenen Aufträge alsbald abzubrechen. Die Auswirkung einer solchen Maßnahme brauche ich nur anzudeuten!“

Das Reichsfinanzministerium übersendet diesen Antrag mit einem von den Staatsreferenten des Ministeriums geschickten Schreiben bekräftigend dem Haushaltsauschuss und bittet zugleich, ihn als besonders dringlich behandeln zu wollen.

Kann man es außerorts nicht verstehen, daß ein Hochministerium auch in den gegenwärtigen Verhältnissen von seinen Wünschen her einzubringen sucht, was irgend zu erreichen ist, so ist das Verhalten des Reichsfinanzministeriums angesichts der Tatsache, daß 100 Millionen eingespart werden sollen, doch geradezu unbegreiflich. Die Aufnahme, die der Antrag im Haushaltsauschuss bei den bürgerlichen Parteien finden wird, wird kennzeichnend für die Richtung der geplanten Sparaktion sein.

In der schwarzen Liste der italienischen Grenzkontrolle stehen, so erzählt die Baseler „Nationalist“, außer italienischen Namen auch Vertreter aller möglichen Nationen, so auch Araber und Chinesen, natürlich vor allem die Spitzen des internationalen Antifaschismus, wie Friedrich Adler und Henri Barbusse.

# Preussische Stabsoffiziere...



... sind ein sehr beliebter Exportartikel — des Auslandes!

# Kampf um die Krankenversicherung

Sozialdemokratie lehnt die Verschlechterung ab.

Im Reichstag wurde am Montagmorgen die bereits beendete Debatte über das Reichsarbeitsministerium — Sozialversicherung usw. — wieder eröffnet durch Ausführungen vom

Reichsarbeitsminister Siegerwald.

der zunächst die Notwendigkeit von Ersparnissen und Einschränkungen betonte und die Verschlechterung der materiellen Verhältnisse des Staates gegen die Zeit des Obrigkeitstaates hervorhob. Damals ging der Kampf um die Sozialversicherung als ein Teil des Finanzkrisenkampfes der Arbeiterklasse, heute geht es darum, wieviel jeder von seinem Einkommen zum Nutzen der Arbeitslosen hergeben soll. Nationalismus allein kann nicht helfen, sonst könnte man ja auch fragen, wozu zwei christliche Kirchen bestehen. (Sehr gut!)

Die Sozialversicherung kann die Pflichten und die Verantwortlichkeiten gefährden; nur wo die nächsten Verwandten nicht imstande sind, sollte die Allgemeinheit vorübergehend eingreifen.

Auch soll die Sozialversicherung nicht die persönliche Verantwortlichkeit einschränken. Also Abschaffung der Bagatelien in der Krankenversicherung, Reform des Kurses und Arzneiwesens u. a. m. Das sind meine eigenen Ideen. Ich werde dem Reichstag entsprechende Vorschläge machen. (Hurra.) Ich habe eine ganze Anzahl Beschlüsse vorgelesen, die Minister Willel vorberichtet hat, und wenig einer von ihnen (zu dem Soz.) mich abblenden sollte, wird er gewiß auch eine Anzahl der von mir vorbereiteten Beschlüsse übernehmen. (Ruf von den Komm.:! Schicksalsverbundenheit!) Ja, wenn man es so machen will wie Sie, muß man gründlicher ausräumen (Sehr wohl! bei den Komm.) Aber wenn Rußland so viele Großstädte und Industriegebiete hätte wie wir, dann wäre das auch nicht auf solche Weise gegangen. (Sehr gut!) Der Minister spricht dann über die Finanzlage. Jede neue Steuer muß daraufhin überprüft werden, ob sie nicht die Arbeitslosigkeit erhöht.

Man kann nicht durch Beitragserhöhung und Steuerabgabe dauernd die Einkünfte der Lohn- und Gehaltsempfänger unter ihr Existenzminimum senken.

Trotzdem ist die Beitragserhöhung um 1 Proz. bei der Arbeitslosenversicherung nötig, weil der Reichetat nicht ständig durch sie gefährdet werden darf. Dafür lassen sich etwa 1 Proz. der Krankenkassenbeiträge ohne Beeinträchtigung der Volksgesundheit kürzen. Deutschland verbraucht die meisten Arzneien und hat nicht einmal die beste Gesundheit. Diesem Zustand wird durch die Rossen über die Abgabe der Krankenkassen und der Arzneien entgegenwirkt, was nichts mit Sozialreaktion zu tun hat. Eine Beitragserhöhung der Invalidenversicherung wird 1932 unvermeidlich sein.

Ich bin grundsätzlich für hohe Ansprüche an den Wohnungsbau, schon im Interesse des Familienlebens. Aber bis jetzt konnten Kiemere die Neubaugewinnungen nicht bezahlen. In den letzten Jahren sind

4 bis 5 Milliarden Hauszinssteuererlöse in den Wohnungsbau hineingeflossen worden, ohne daß die Arbeiter sich solche Wohnungen leisten können. Es müssen mehr Kleinwohnungen bis zur Höchstmierte von 40 M. monatlich gebaut werden.

Das ländliche Siedlungsweesen, das in die Dörfer eingebaut worden ist, muß ein dauernder Bestandteil der deutschen Dörfer bleiben. Eine Umgestaltung der Hauszinssteuer soll die ländliche Siedlung begünstigen und eine Rückführung von der Stadt aufs Land ins Werk legen. (Beifall der Regierungsparteien.)

Abg. Häfner (Chr.-nat. Arb.-Gem.): Die Sparmaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung geben zu sozialen Bedenken Anlaß und müssen entweder gemildert oder auf die Zeit der Wirtschaftskrisen beschränkt werden. Die Tendenz der Industrie, wärmliche Arbeitskräfte durch geringer bezahlte Frauen und Mädchen zu ersetzen, muß bekämpft werden. Wir lehnen die schematische Vereinfachung der Sozialversicherung, besonders der Krankenkassen, ab und sind eher für eine herausfindende Überlegung. Wir sind für das Rotopfer, aber gegen die Rücknahme, die schon unter Hülferding auf die Kapitalträger aus Furcht vor der Kapitalflucht geübt wurde. Kapitalismus ist moralischer Vaterlandsverrat. Im Rahmen der Sonderbeitragspflicht müssen auch Lebensrisiken für jugendliche deutsche Wanderarbeiter geschaffen werden, da die Schuttkerfahrungen unzulänglich sind. Das Kontingent ausländischer Wanderarbeiter muß verkleinert werden.

Abg. Lisse (Soz.):

Der Entwurf zur Änderung der Krankenversicherung ist ein ungeheurer Eingriff in die Rechte der arbeitenden Massen. Schon jahrelang hat die Unternehmerpresse und haben andere bürgerliche Zehnjungen eine Hebe gegen die Krankenversicherung betrieben, in der Regel unter weientlicher Mitwirkung der Versteher. Ein großer Teil der Vorschläge des Entwurfs stimmt überein mit den Vorschlägen einer Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände vom März d. J. Darin war eine Entlastung der Krankenversicherung um 500 Millionen gefordert. Diese Denkschrift beruht auf einem Dutzend Arzt Dr. Lipp, der in einem Buch geschrieben hat, daß das heutige System Fausler, Drückberger, Simulanten, Kusnaber und sonstige Schädlinge groß zücht. Er behauptet weiter,

daß Tausende junge Leute heute sagen, warum soll ich arbeiten gehen, wenn ich mit dem Stempeln mehr verdiene; auch der Unfallversicherung wird nachgesagt, daß sie die Leute demoralisiere, sie zu Rentenjägern mache und sogar zur Selbstverstümmelung veranlasse. (Entrüstungsrufe links.) Und wenn diese Denkschrift erfüllt, sie wolle an der Sozialversicherung nicht rütteln lassen, so kann man dem allem Vorhergegangenen nicht glauben. (Sehr wohl! links.) Die heutige Vorlage hat ihr Vorbild schon in den Verfügungen des Reichsarbeitsministers und des Abg. Dr. Brauns am 14. Mai im Ausschuss gefunden. Man hat damals davon gesprochen, daß die Ersparnisse bei der Krankenversicherung das Risiko bei der Invalidenversicherung, vielleicht sogar bei der Arbeitslosenversicherung bedecken sollten. Am Ende kommt heute noch ein Volkspartei und erklärt, daß diese Ersparnisse sowohl das eine wie das andere Risiko bedecken sollen!

Der Minister behauptet, daß in keinem anderen Lande so viel für Ärzte und Arzneien ausgegeben werde wie bei uns, nämlich fast eine Milliarde in der ganzen Sozialversicherung. Diese Verheerung muß den Eindruck erwecken, als würde diese Milliarde alle in der Krankenversicherung ausgegeben. (Minister Siegerwald: Nein, das habe ich nicht gesagt, ich meine die ganze Sozialversicherung.) Der Minister hat weiter erklärt, wenn die Familienhilfe so weiter geht, so würde mehr als die Hälfte des deutschen Volkes keinen Pfennig für Krankenhaus, Arzt und Arzneien zu bezahlen haben. Selbst die christlichen Gewerkschaften werden diese Ansicht des Ministers nicht teilen, der doch weiß, daß die Arbeiter und Angestellten die Beiträge bezahlen, also nichts umsonst bekommen. (Sehr wohl! links.) Auch der Vergleich des Ministers mit den Ausgaben in Amerika ist unzulässig, denn in Amerika hat eine große Anzahl Leute überhaupt keine Versicherung. Es ist

ganz klar, daß die Ersparnisse an der Krankenversicherung niemals werden sollen, um die Finanzen des Reiches zu mildern; dazu will man sich den Kranken ein Rotopfer auferlegen, es handelt sich gar nicht um die Befestigung von Mühlrädern.

Auf der Kundgebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat sogar ein Unternehmer erklärt, daß dieser Entwurf ein Produkt der Kopflosigkeit der Reichsregierung ist und daß man durch diese Maßnahmen nicht die Arbeitslosenversicherung gesund, aber die Krankenversicherung krank machen werde. (Sehr richtig! links.) In ihren Beratungsunterlagen gibt die Regierung selbst zu, wofür ungeheure Kosten die krankheitsvorbeugende Arbeit der Krankenkassen verursacht; sie erkennt selbst an, daß die Jahre des Krieges, der Inflation und der Wirtschaftskrisen erhöhte Fürsorge notwendig gemacht haben, aber dann ist doch gerade die Gegenwart am unangenehmsten zu verschleiern! (Sehr wohl! links.) Im Jahre 1914 waren 16,5 Millionen Personen versichert, heute sind es 22 Millionen, also eine Steigerung um den dritten Teil. Es können also die heutigen Ausgaben mit denen von damals nicht verglichen werden. (Minister Siegerwald: Aber 6,5 Proz. gegen 3,5 Proz. Beitrag!) Ja, aber damals gab es noch keine Württemberg, keine Erholungsstätten, keine mediko-mechanische Behandlungsweise, um Krankheiten vorzubeugen usw. Vor dem Kriege waren 4 Millionen Familienangehörige versichert, aber 1928 schon rund 15 Millionen! Wenn die Kosten für Zahnbehandlung gegenüber 1914 um 500 Proz. gestiegen sind, dann kann man natürlich so wie früher die Zähne ziehen, anstatt sie zu plombieren, das ist freilich billiger! (Sehr gut! links.)

Nach dem Regierungsentwurf soll die Versicherungsberechtigung für alle erschaffen, deren regelmäßiges Gesamteinkommen 8400 M. übersteigt. Diese Angestellten mit 700 M. monatlich haben zum größten Teil Jahre und sogar Jahrzehnte der Krankenversicherung angehört, und der Gesetzgeber hat nicht das Recht, diesen Leuten, die nicht versicherungspflichtig, aber dazu berechtigt sind und die wägen ihrer Familie sparen und den Beitrag bezahlen, um diesen Schutz zu bringen. Mit dem Ausschneiden würden alle erworbenen Ansprüche erschaffen. Uebrigens bedeutet chronische Krankheit oder Operation

auch für Leute mit 700 M. Einkommen eine so schwere Belastung, daß man ihnen die Versicherung nicht nehmen darf.

Die Vorlage will den Grundlohn von 10 auf 9 M. herabsetzen und damit entsprechend auch die Leistungen. Das machen wir nicht mit. Wir werden die Erhöhung auf mindestens 12 M. beantragen. Nach der Vorlage soll das Krankengeld nicht mehr vom 4. Tage an, sondern erst vom 4. Beitrag an bezahlt werden und der Sonntag rechnet nur dann, wenn er für den betreffenden ein Arbeitstag gewesen wäre. Nach dieser Bestimmung kann es bei einer Erkrankung oder einem Unfall etwa am Weihnachtsabend, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, bis zum neuen Jahre dauern, bevor das erste Krankengeld ausgeschüttet wird. Diese Regelung ist für uns nicht annehmbar. Eine Bezahung für Krankenschein und Arznei ist 1911 bei der Beratung der Krankenversicherungsordnung gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden; das Zentrum war dagegen. (Minister Siegerwald: Damals kostete die Sozialversicherung 450 Millionen, jetzt 2,5 Milliarden!) Aber damals kamen sehr viele Beschwerden, z. B. daß Ärzte untersucht, ohne daß der Patient, wie wir damals konnten, überhaupt das Chemiefeld abzunehmen brauchte. (Heiterkeit.) Gegen eine Verschärfung der Bestimmungen für die Ärzte, damit nicht so viel unnütze Arzneien verordnet werden, hätte ich nichts, aber

deswegen darf man doch nicht diese Bezahlung einführen, die bei ansteckenden Krankheiten, für junge Mütter, für Arbeitslose und Unfallverletzte eine so schwere Belastung bedeutet. Der Minister soll so viele Ausnahmen zulassen können, daß man sich fragt, wozu dann überhaupt noch diese Bestimmung getroffen werden soll.

Die Bezahlung der Krankenkasse auch für die Familienangehörigen würde etwa bei einer Grippeepidemie, wenn viele Familienmitglieder krank sind, 6 M. für die Scheine erfordern.

Wo soll da ein Arbeiter mit 50 M. in der Woche hinkommen? Für denselben Versicherungsfall soll die Gebühr nur einmal entrichtet werden, aber ob es derselbe Versicherungsfall ist, kann doch nur der Arzt feststellen und bis dahin müßte zunächst einmal gezahlt werden. Es soll auch so gemacht werden, daß die Krankenkasse die Hälfte der entstandenen Arzneikosten erstattet (Minister Stegerwald: Das ist bei der Knappschafft geltendes Recht!), aber es erfordert neue Verwaltungsausgaben für die Krankenversicherung, und es besteht gar kein Grund, das einzuführen. Wir werden dieser unerhörten Neubelastung nicht zustimmen, die außerdem ganz Mitteln verhindern würde, den Arzt aufzusuchen und Arznei zu erwerben. Der Anspruch soll ruhen, wenn Gehalt oder Arbeitsrente weitergeht. Auch das entspricht den Forderungen der Unternehmerdelegation und ist

eine rein lohnpolitische Forderung, die an die Stelle rascher Hilfe zur Befähigung der Erkrankten treten soll!

Das Krankengeld soll erst von der 6. Woche an erhöht werden können. Durch übereinstimmenden Beschluß der Unternehmer und der Arbeitervertreter besteht heute bei 311 Kassen mit 3 120 000 Mitgliedern ein Krankengeld von 60 Proz. von der ersten Woche an. Alle diese Personen würden nur noch 50 Proz. mindestens bis zur 6. Woche erhalten. Schließlich würde der Entwurf auch noch weiterhin das Bestehen von Anstalten mit 30 Lehrstühlen und 120 Gesellen ermöglichen. Die Sozialdemokratie steht schärfend vor den sozialen Interessen der wertvollen Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Verschlechterung der Reichsversicherungsordnung ablehnen. (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Steinauer (Dnat.) spricht für weiteren Abbau der Wohnungs- und Zwangsrenten.

gegen die Bodenreformpolitik der Stadt Berlin

und für die Arbeitsdienstpflicht.

Abg. Dr. Brauns (S.): Die Krankenversicherung hat finanziell noch größere Bedeutung als die Arbeitslosenversicherung. Die Kritik beruht nicht die vielleicht zu großen Verwaltungsausgaben, sondern die unzureichende Inanspruchnahme der Leistungen, die bei den Privatkranken ebenso stark ist wie bei den öffentlichen. Das liegt aber nicht nur an sozialen Versicherungen, gegen die die Karenzzeiten wieder eingeführt werden müssen, sondern auch an Ärzten, die sich mit Hilfe der Krankenkassen standesgemäße Einkünfte sichern wollen. Ein Umbau der Arbeitslosenversicherung oder eine Herabsetzung einzelner Schichten ist in dieser Krisenzeit nicht möglich. Die Unternehmer haben schon deswegen kein Recht, gegen die hohen Beiträge zu kämpfen, da ein großer Teil der Rationalisierungskosten durch die Arbeitslosenversicherung den Industrieunternehmungen abgenommen wurde. Der Redner verteidigt das Schlichtungswesen gegen Angriffe, daß es die Löhne über die Steigerung der Lebensmittelpreise hinaus erhöht hätte; die Bauarbeiter haben ihre Lohnverbündungen nicht durch die Schlichtung erlangt. Mit der Allgemeinverbindlichkeit muß man bremsen. Allgemeiner Lohnabbau und Forderung nach Abschaffung langfristiger Tarifverträge ist abzulehnen.

Vorbereitung des Lohnabbaus ist Preisreduzierung.

Das Arbeitsschutzgesetz sollte endlich verabschiedet werden. Ohne die Sozialpolitik stünde es schlimmer um Deutschland. Wir lehnen einen allgemeinen Abbau ab.

Abg. Schröter (Komm.): Das Schlichtungswesen wird immer mehr eine Geißel der Arbeiterschaft und ein Werkzeug des Lohnabbaus. In Genf haben deutsche Regierungsvertreter die Arbeitslosenversicherung für die Kohlenbergarbeiter sabotiert.

### Abg. Nieß (Soz.):

Wir unterstützen alle Versuche, die Wirtschaftskrise zu lindern und die Arbeitslosen wieder zu beschäftigen. Das Schlimmste wäre es, die gewaltige Arbeitslosigkeit zu einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards zu missbrauchen. Darum aber verdient das Schlichtungswesen die größte Aufmerksamkeit. Denn ihm kommt dabei die Hauptaufgabe zu. Gewisse Intellektuelle wollen das Zeitgemäße noch nicht erkennen. So hat sich ein Rechtsanwalt Kühlwetter in Hamburg geweigert, einen Tarifvertrag für seine Angestellten mit dem I. D. abzuschließen und zur Begründung gesagt, daß er grundsätzlich Mitglied der Verbände nicht annehme und mit all seinen Angestellten vereinbart habe, ihr Anschluß an den I. D. stelle einen wichtigen Grund zu fristloser Kündigung dar. (Hört! hört! links.) Er fügte hinzu, er sei hehr in seinem Büro und an seiner Tür höre die rote Hege auf! Die Anwaltskammer mußte diesem Herrn erst die Achtung vor dem Artikel 159 der Reichsverfassung beibringen, der die Vereinigungsfreiheit sichert.

Das Schlichtungswesen muß sich dem fortgeschrittenen Stand der Wirtschaft, der Lohnhöhe und der Arbeitszeit anpassen. Schlichtungssprüche mit einer Arbeitszeit von über 48 Stunden dürfen nicht für verbindlich erklärt werden, ebensowenig solche, die den Lohn nicht in das richtige Verhältnis zur Arbeit setzen. Manche Schlichtungssprüche lassen diese notwendige Rücksicht vermissen; auch

der Schlichter von Dornhau a ist soll. Das seltsame Ziel erreicht er nicht, nämlich die Senkung der Lebenshaltungskosten. Durch die Befestigung der Severinschen Schulhaufen für die Arbeiter, die 80 Proz. der unter 1000 lebenden deutschen Metallarbeiter darstellen, werden die Unternehmer ermutigt, überall diese Sicherung zu beschließen.

In bezug auf hunderttausend Metallarbeiter in Sachsen wird das bereits verurteilt. Die Dornhauer Methode ist roh, um einen Preisabbau und eine Wirtschaftsbefähigung zu erreichen. Statt Verminderung der Lebenshaltungskosten lehrt man z. B. in Frankfurt am Main Verteuerung von Brot und Milch. (Minister Stegerwald: Daran bin ich nicht schuld!) Verteuerung der Lebensmittel wäre nötig. (Minister Stegerwald: Bismarck wird die Brotverteuerung begründet?) Darauf kommt es nicht an, die Verteuerung ist da, und trotzdem will man die Löhne senken. Die Eisenpreise hätte man angesichts der starken Verbilligung der Rohstoffe auch ohne Lohnüberhebung senken können. Beginn 1913 ist die Tonne Stabeisen frei Oberbau von 108,50 auf 141 M. gestiegen. Die Afford-Lohnsumme aber in derselben Zeit pro Tonne von 56 auf 44 M. gefallen! (Hört! hört! links.) Die Kleinmetallindustrie in Hagen muß trotz eines Preisabfalls von 40 Pf. pro 100 Kilogramm infolge eines Aufschlags für Mengen unter 500 Kilogramm heute 50 Pf. mehr zahlen als vor der Preisentzug! (Minister Stegerwald: Der Verbrauch der Kleinmetallindustrie ist nicht maßgebend!) Die kleinen Klempner, Schlosser usw. führen einen harten Existenzkampf und eine Eisenpreisverbilligung wäre für sie eine große Hilfe. Die Preisverbilligung wäre durchaus möglich auf Grund der Verbilligung der Rohstoffe und der großen Fortschritte der Technik, deren Kosten doch nicht die Arbeiter allein tragen müssen, sondern diejenigen, die leistungsfähig genug sind.

Wenn der Minister sich für Arbeiterschutz und Erweiterung des Tarifrechts, Arbeitsbeschaffung und gerechtes Lohnniveau einsetzt, wenn er alle Kräfte dafür mobil macht, so wird er unsere Unterstützung haben. Nur in gemeinsamer Arbeit werden wir aus der schweren Zeit zu einer besseren kommen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Schumann (Leipzig (Komm.) verlangt Einsetzung von Mitteln für Wohnungsbau in den Etat und wendet sich gegen die Aufhebung des thüringischen Mietergesetzes, der der Arbeitsminister zugestimmt hat.

Abg. Herberg (Zwickau (Volkrechtsp.) sieht in der unzureichenden Aufwertung die Ursache der Wirtschaftskrise und wendet sich gegen den jetzigen Reichsbankpräsidenten Luther (Vizepräsident Effer ruft den Redner zur Sache) und klagt über die Kleinrentennote.

Abg. Göl (Dnat.) spricht gegen die Ratifizierung der internationalen Seemannshauptkonvention im Namen aller Reedereiunternehmungen.

Abg. Fran Dr. Mueller-Ostfeld (Dnat.) legt sich für die durch die Aufwertung geschädigten Rentner ein und empfiehlt nach dem Vorbild Oesterreichs, deren Bezüge durch Gewährung eines Rechtsanspruchs zu sichern.

Darauf wird die Beratung unterbrochen und nach der Rheinlandlunggebung, die wir an anderer Stelle bringen, verlegt sich das Haus auf heute 15 Uhr: Rheinlandtschließung, Haushaltsberatung, dritte Lesung des Amnestieantrags Coerting. — Schluß 19 Uhr.

### Die Abwicklung der Polenentschädigung 300 Millionen insgesamt erforderlich.

Mit dem Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens vom 31. Oktober 1929 ist die Entschädigung der in Polen enteigneten Deutschen vom Reich übernommen worden.

Die Abwicklung des Entschädigungsverfahrens liegt in den Händen des „Polenentschädigungskommissars“ Oberregierungsrat Dr. Lazarus, dessen Dienststelle sich in den Räumen des ehemaligen Reichsentschädigungsamtes in Berlin-Friedenau, Rheinstraße 45/46, befindet.

Ueber den Umfang und die Form der Abwicklung machte Dr. Lazarus heute vormittag auf einer Pressekonferenz nähere Angaben. Die neue Dienststelle ist durch Verordnung vom 8. April 1930 errichtet und zur schnellen Durchführung des Verfahrens mit ausgewählten Fachkräften des Reichsfinanzministeriums besetzt worden.

Zur Entschädigung stehen die Forderungen von 6000 Geschädigten, unter denen sich 5000 kleine bäuerliche Besitzer befinden. Diese wurden vor dem Kriege von der Preussischen Ansiedlungskommission in den jetzt polnischen Gebieten angesiedelt.

Da Polen diese Bauern zumeist gänzlich entschädigungslos enteignete und vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht eine Verschleppungstaktik anwandte, die in acht Jahren nur einige Duzend Fälle von tausenden erledigte, hatte das Deutsche Reich diesen enteigneten und entwurzelten Bauern bereits Vorentscheidungen zustimmen lassen. Bei der jetzt durchzuführenden Vollenentschädigung wird vom Polenentschädigungskommissar als Maßstab der normale Nachkriegswert der Grundstücke angesehen, enthält also für den ehemaligen Siedler eine wirtschaftlich durchaus günstige Lösung.

Von den 6000 Schadensfällen konnten bereits 200 besonders schwierige Fälle durch Vergleich erledigt werden. Der Kommissar will auch bei der weiteren Durchführung möglichst viele Fälle im Einverständnis mit den Beteiligten durch Vergleich regeln. Kommt ein Vergleich nicht zustande, so kann der Geschädigte gegen die Festlegung des Kommissars die Entscheidung des Reichswirtschaftsgerichts anrufen.

Die Entschädigung wird in Reichsschuldbuchforderungen gewährt, und zwar in der Höhe des Betrages, den die Geschädigten voraussichtlich beim deutsch-polnischen Schiedsgericht durchgesetzt hätten. Diese Schuldbuchforderungen, die mit 6 Proz. verzinst und mit 3 Proz. getilgt werden, erfordern bei einer Gesamtsumme der Entschädigungen von 300 Millionen eine jährliche Ausgabe des Reiches in Höhe von 27 Millionen. Die gesamte Abwicklung der Polenentschädigung wird in etwa einhalb Jahren durchgeführt sein.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Geyser; Freireisen: E. S. Köhler; Lokales und Konflikte: Frau Karstädt; Anzeigen: Th. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Lindenstraße 2. Siehe 2. Beilage.

# SENSATIONS- BEKLEIDUNGSTAGE HÖCHSTLEISTUNGEN IN PREISEN UND QUALITÄTEN!

<p><b>Kleider</b> aus kunstseidenen Trikot, geschmackvolle Muster, Stück <b>9<sup>75</sup></b></p> <p><b>Frauen-Kleider</b> Wollmusselin, in grossen Weiten .....Stück <b>12<sup>75</sup></b></p> <p><b>Toile de soie-Kleider</b> reine Seide, teilsche Sportform, gute Verarbeitung, Stück <b>13<sup>75</sup></b></p>		<p><b>DAMEN-BEKLEIDUNG</b> Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!</p> <p><b>Kleider</b> aus gestreifter Kunstseide, in schönen Mustern, Stück <b>4<sup>75</sup></b></p> <p><b>Voll-volle-Kleider</b> in modernen Mustern, auch in grossen Weiten ...Stück <b>9<sup>75</sup></b></p>		<p><b>Mäntel</b> gute Qual., ganz gefüttert, St. <b>12<sup>75</sup> 19<sup>75</sup> 29<sup>50</sup></b></p> <p><b>Sportblusen</b> aus kleingemustertem Wäschstoff, mit langen Ärmeln, gute Verarbeitung...Stück <b>2<sup>90</sup></b></p> <p><b>Lumberjaks</b> aus guter Kunstseide, ohne Ärmel, moderne kleine Muster, Stück <b>2<sup>95</sup></b></p>	
--	--	---	--	---	--

<p><b>Damen - Strohhüte</b> in vielen Formen und Farben, mit Rippsband garniert .....Stück <b>1<sup>45</sup></b></p>	<p><b>Elegante Glocken</b> aus Hanfseide, m. verschiedenen geschmackvollen Garnituren .....Stück <b>3<sup>90</sup></b></p>	<p><b>Praktische Filzglocken</b> mit Schilfmuster und Schnallengarnitur .....Stück <b>2<sup>85</sup></b></p>	<p><b>Fesche Damen-Hüte</b> aus moderner Wollborde, mit breiter Band garnierung, tweedartig .....Stück <b>4<sup>90</sup></b></p>
--	--	--	--

<p><b>Kleiderstoffe</b></p> <p><b>Wollmusselin</b> moderne Druckmuster, in grosser Auswahl ..... Meter <b>1<sup>10</sup></b></p> <p><b>Woll-Crêpe de Chine</b> reine Wolle, viele Farb., Mtr. <b>1<sup>35</sup></b></p> <p><b>Woll-Natté</b> modisches Gewebe, grosses Farbsortiment ..... Meter <b>1<sup>65</sup></b></p> <p><b>Wollmusselin</b> neue Druckmuster ..... Meter <b>1<sup>75</sup></b></p> <p><b>Veloutine</b> Wolle mit Seide, gute Kleiderware, grosses Farbsortiment ..... Meter <b>3<sup>50</sup></b></p> <p><b>Woll-Georgette</b> ca. 130 cm breit, schwarz, marine u. violel Farben, Mtr. <b>3<sup>65</sup></b></p>		<p><b>Seidenstoffe</b></p> <p><b>Foulard-Seide</b> gute Qualität, schöne neue Muster ..... Meter <b>2<sup>75</sup></b></p> <p><b>Toile</b> reine Seide, teilsche Streifen, für Sportkleider ..... Meter <b>2<sup>85</sup></b></p> <p><b>Crêpe de Chine</b> reinesid. Qualit., gute Kleiderware, in vielen Farben, Meter <b>3<sup>65</sup></b></p> <p><b>Crêpe Georgette</b> empfehlenswerte Kleiderware ..... Meter <b>3<sup>90</sup></b></p> <p><b>Crêpe Chiffon</b> reine Seide aparte Dessins, Mtr. <b>4<sup>50</sup></b></p> <p><b>Crêpe marocain</b> reine Seide, besonders schwere Kleiderware, Mtr. <b>4<sup>90</sup></b></p>		<p><b>Waschstoffe</b></p> <p><b>Musselin</b> Baumwolle, moderne Muster ..... Meter <b>42<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Waschkunstseide</b> mit Baumwolle, neue Druckmuster, Meter <b>68<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Crêpeline</b> Baumwolle, viele schöne Muster, Mtr. <b>78<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Vollvoile-Bordüren</b> ca. 130 cm breit, schön. Must. Mtr. <b>95<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Waschkunstseide</b> m. Baumw., doppeltbr., gr. Musterauswahl, Mtr. <b>1<sup>45</sup></b></p> <p><b>Kunstseidener Voile</b> aparte neue Must., ca. 100 cm br. Mtr. <b>2<sup>45</sup></b></p>	
---	--	--	--	---	--

<p><b>Kurzwaren</b></p> <p><b>Kalbleinenband</b> 5 Meter <b>10<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Gummilitze</b> 1 Mtr. mit verstärkter Kante <b>18<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Armbänder</b> mit Gummilitze ..... Paar <b>20<sup>Pl.</sup></b></p>		<p><b>Kunstseide</b> <b>25<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Stahlscheren</b> ..... Stück <b>38<sup>Pl.</sup></b></p> <p><b>Kragenknopfdosen</b> ..... Stück <b>25<sup>Pl.</sup></b></p>	
--	--	--	--

**HERMANN TITZ DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTEILEN**

# Neue Leichenfunde.

## Noch zwei Pakete mit Leichenteilen aus dem Kanal gelandet.

Gestern abend wurden aus dem Landwehrkanal zwei Pakete gelandet, in denen sich Teile der männlichen Leiche, die am Sonntag aus dem Landwehrkanal geborgen wurde, befanden. Die Beine fehlen jedoch noch. Der Fund erregte größtes Aufsehen.

Abends, gegen 19.30 Uhr, sah ein Arbeiter an der Potsdamer Brücke ein Paket im Landwehrkanal schwimmen. Der Mann, der durch die Zeitung von dem Verbrechen gelesen hatte, vermutete sofort einen Zusammenhang mit dem Totenfund vom Sonntag und benachrichtigte die Polizei. Zufällig weilten Beamte der Mordkommission in der Nähe der Fundstelle. Mit größter Vorsicht wurde das Paket geborgen; es war gleichfalls mit einer fast neuen Zuckerschaur eingehüllt. Auch in diesem Falle hatte der Täter, wie beim ersten Male, Sackleinwand und grünliches Packpapier benutzt. Das Paket wurde sofort zum Leichenhause geschafft, wo es Photographen zunächst im Lichtbild festhielten. Sodann wurde an die Öffnung des Paketes gegangen.

Die äußere Hülle bestand aus Sackleinwand. In grünlichem Packpapier und mehreren Zeitungsbogen befanden sich die beiden Oberarmen mit einem Teil des Unterleibs.

Während die Kriminalkommission und der Gerichtsarzt noch mit dem gräßlichen Fund beschäftigt waren, lief die Nachricht von einem weiteren im Landwehrkanal gemachten Fund ein. Diesmal wurde in der Nähe der Mörderbrücke von einem Passanten im Wasser ein Paket entdeckt, das sich in der schwachen Strömung des Kanals langsam fortbewegte. Ein Schupbohrer machte den Rettungsfahrer los und holte das Paket ans Land. Der letzte Fund war das Geauenhäufchen, was jemals gesehen worden ist. Es enthielt den Kopf und in einem Pappkarton die Eingeweide des Ermordeten. Das Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt. Die Nase, die Ohren sowie die Ober- und Unterlippe waren abgeschnitten, und das Gesicht zertrümmert. Der Mörder hat bei der Verflümmelung so sorgfältig gearbeitet, daß sich sogar das ungefähre Alter schwer schätzen läßt. In dem Pappkarton lagen mit braunem Packpapier die Gedärme und ein Teil der inneren Organe des Opfers. Auch hier ist dieselbe Umhüllung, Sackleinwand, Packpapier und eine Zuckerschaur verwendet worden.

Die Mordkommission unter Leitung der Kommissare Dräger und Jappe ist mit einer großen Zahl von Beamten weiter eifrig bemüht, Licht in das Dunkel des grauenhaften Verbrechens zu bringen. Die Arbeit wird natürlich dadurch außerordentlich erschwert, daß bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte

über die Person des Ermordeten vorliegen. Durch Säulenanschlag werden dem Publikum wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen die photographisch aufgenommenen Pakete gezeigt werden. Vielleicht gelingt es hierdurch, einen Fingerzeig zu erlangen, der auf die Spur des geheimnisvollen Mörders führt. In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die Belohnung von 1000 Mark hingewiesen, die ausschließlich für Personen aus dem Publikum bestimmt sind, die durch Wahrnehmungen und Beobachtungen Mitteilungen machen können, die zur Entdeckung des Täters führen. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt.

## Der Totschlag in der Mansteinstraße.

### Auf der Spur des Täters.

Mit einer stichartigen Verletzung hinter dem Ohr wurde im Fjurr des Hauses Mansteinstr. 12 in der Nacht zum Sonntag, wie berichtet, der 29 Jahre alte Schlosser Arthur Knispel aus der Reuen Altmstr. ba bestimmungslos aufgefunden. Er verstarb an den Folgen der Verletzungen auf dem Wege zur Rettungsstelle.

Die von der Kriminalpolizei eingeleitete Untersuchung hat jetzt zu einem bemerkenswerten Ergebnis geführt. Nach der übereinstimmenden Beschreibung der Zeugen ist er 23 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hat blondes, links gescheiteltes Haar, blaues Gesicht mit länglichem Kinn und trug leuchtendfarbenen Anzug mit dunkleren Karos und braune Halbschuhe. Der Mann, der in der Gegend der Mansteinstraße wohnen muß, da ihn die Leute vom Ansehen, aber nicht mit Namen kennen, war in verschiedenen Lokalen in der Nähe des Bahnhofs Großgörschenstraße und geriet dort mit einem anderen Gast — nicht mit Knispel — in Streit. Er bekam eine herbe Ohrfeige, so daß er zu Boden fiel. Später muß er dann mit dem an dieser Prügelei ganz unbeteiligten Knispel zusammengetroffen sein und seine Wut an diesem ausgelassen haben. Die Zeugen sahen, wie er auf den jungen Mann losging, plötzlich in die Tasche griff und mit einem Werkzeug Knispel hinter das Ohr schlug. Gleich darauf verlegte er dem Taumelnden einen wichtigen Fußtritt gegen den Unterleib. Der Schlosser drehte sich halb um sich selbst und stürzte, um sich nicht wieder zu erheben. Der Röhling flüchtete in der Richtung nach der Yorkstraße. Für die Ergreifung des Täters ist jetzt eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Mitteilungen erbittet Kriminalkommissar Biffigkeit bei der Dienststelle D. 2 im Polizeipräsidium.

## Der stille Zeithaber.

### Die Unterschlagungen in Königswusterhausen.

Wie erinnerlich, war vor einiger Zeit der Kassendirektor Hoffmann von der Gemeinde Königswusterhausen verhaftet worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß in der Gemeindefinanz Unterschlagungen in Höhe von 54000 M. vorgenommen waren. Hoffmann bestritt jedoch, daß seine Veruntreuungen, die er im übrigen zugab, eine solche Höhe erreicht hätten und behauptete, daß er „nur“ 32000 M. einnimmt habe. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Heine, hat daraufhin die Bücher der Gemeinde durch zwei Sachverständige prüfen lassen und dabei ergab sich die überraschende Tatsache, daß außer Hoffmann noch ein zweiter Beiratsmitglied vorhanden gewesen sein muß, der so geschickt arbeitete, daß der schuldige Rendant es nicht gemerkt hat. Der Untersuchungsrichter stellte

nämlich fest, daß außer Hoffmann noch der Buchhalter Breil mit den Büchern beschäftigt war. B. wurde jetzt vernommen und mußte schließlich zugeben, nachdem ihm die Bücherrevisoren gegenübergestellt worden waren, daß er durch äußerst geschickte Rasuren und Anwendung von Chemikalien auch seinerseits Unterschlagungen begangen hätte, deren Höhe voranschätzlich über 20000 Mark beträgt. Daraufhin wurde der Rendant Hoffmann aus der Haft entlassen und das Verfahren gegen den Buchhalter Breil erweitert. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß nun noch gegen den Amtsvorsteher Wenzel in Königswusterhausen ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden muß. Wenzel hat nämlich behauptet, daß ihm die Gemeindevorstellung keine Mittel bewilligt habe, um die Bücher jährlich durch einen Sachverständigen prüfen und abschließen zu lassen. Die Gemeindevorsteher haben jedoch dem Untersuchungsrichter erklärt, daß Wenzel niemals den Wunsch geäußert habe, einen Bücherrevisor hinzuzuziehen, sondern daß Wenzel in den letzten fünf

Jahren stets selbst die Kassensbücher geprüft habe. Da Wenzel zugab, nur einige Stichproben vorgenommen zu haben, seien ihm nach seinen Befundungen die Fälschungen der beiden ungetreuen Beamten völlig entgangen.

## Zusammenbruch einer Schuhfabrik.

### Flucht des Fabrikanten.

Unter Zurücklassung einer Schuldenlast von rund 200000 M. ist am Donnerstag voriger Woche der Berliner Schuhfabrikant M. C. Bielschowsky, Brunenwald, Wallotstraße 8b, mohnhaft, ver schwunden. Bielschowsky, der sich in der Schuhbranche eines ausgezeichneten Namens erfreute und bisher seinen Verpflichtungen sehr prompt nachgekommen ist, betrieb am Randbuser 48 seit 5 Jahren eine Fabrik, in der er anfangs Hauschuhe, zuletzt Damenschuhe herstellte. Offenbar ist der Fabrikant aber ein Opfer seiner Spekulationsleidenschaft geworden, denn er hatte bei einer Berliner Großbank erhebliche Verpflichtungen aus Geschäften an der Börse. Vor einer Woche hatte der Beschlüßte seine Familie nach Schlessen geschickt und ver schwand selbst am Donnerstagabend. Am letzten Freitag konnten die Löhne für die Arbeiter nicht mehr ausgezahlt werden, da die Guthaben der Firma bei der Bank restlos erschöpft waren. Man nimmt an, daß Bielschowsky seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hat.

## Der Sperrkopf war schuld.

### Explosionsunglück Landsberger Allee vor dem Reichsgericht

Leipzig, 30. Juni.

Die strafrechtliche Seite der folgenschweren Berliner Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee vom 5. Januar 1928, die 17 Menschenleben forderte und bei der zahlreiche andere Personen an ihrer Gesundheit geschädigt wurden, fand jetzt vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts ihren Abschluß.

Es wird wohl immer ungeklärt bleiben, ob das Unglück infolge eines Defekts an der Ammoniakanlage oder bei den Gasleitungen entstanden ist. Jedenfalls hat jetzt auch das Reichsgericht dahin entschieden, daß der Rohrleger Friedrich Geste, dem anfänglich die Schuld an dem Unglück zugeschoben wurde, vom Landgericht I Berlin zu Recht freigesprochen worden sei. Wegen dieser Entscheidung war bekanntlich sowohl von der Staatsanwaltschaft wie auch von einem Nebenkläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Albersberg-Berlin, Revision beim Reichsgericht eingelegt worden. Das Reichsgericht gelangte aber, dem Antrage des Reichsanwalts entsprechend, zu einer Verwerfung beider Revisionen, weil die Strafkammer in ganz ausführlicher Weise alle in Frage kommenden Tatbestände und Begleiterscheinungen geprüft und insbesondere eine Fahrlässigkeit des angeklagten Rohrlegers auch für den Fall ausgeräumt habe, daß die Katastrophe durch eine Leuchtgasexplosion hervorgerufen worden sei. Zuschlaggebend hierfür sei die selbst von allen Sachverständigen bis dahin für eine Unmöglichkeit gehaltene Tatsache gewesen, daß ein sogenannter Sperrkopf durchgeschlagen worden sei und so das bedauerliche Unglück hervorgerufen habe.

## Eisenbahnkatastrophe in Rußland.

### 23 Personen getötet, 28 schwer verletzt.

Moskau, 30. Juni.

Ein von Irkutsk kommende Personenzug entgleiste infolge falscher Weichenstellung kurz vor Leningrad. Die Lokomotive sowie mehrere Wagen wurden vollständig zertrümmert. 23 Personen kamen bei dem Unglück ums Leben, 28 wurden verletzt. Nähere Angaben fehlen noch.



Übersetzt von Cl. Maltzer. — Mayer & Jensen, Vertrieb, München.

Als Herr Schwirz einmal in der Nähe der Schule die Einkäufer der Warenhäuser besuchte, telephonierte er Sanford Hunt, und der bestand darauf, daß Una mit Schwirz und ihm und seiner Freundin zum Mittagessen gehe. Ein wenig Scheu ging sie mit.

Es zeigte sich, daß Sanfords Liebchen ebenso sauber und nett war wie er selbst, doch verhielt sie sich stumm, lächelte, statt zu reden und bewunderte alles ohne viel Kritik. Sanford als Gastgeber war sehr stolz und eifrig, und seine knabenhafte Bewunderung für alle seine Gäste verließ dem Winkel des gewöhnlichen deutschen Bierrestaurants, in dem sie speisten, einen gewissen Reiz. Una bemühte sich, zur Unterhaltung der Gesellschaft soviel wie möglich beizutragen, und war gegen Herrn Julius Edward Schwirz, den Reisenden in Farben, sehr lebenswürdig.

Herr Schwirz war vierzig oder einundvierzig Jahre alt, hatte ein rotes Gesicht, einen gestupften Schnurrbart und einen steifen runden Hut — ein Durchschnittsstadtman. Er scherzte gern und sprach grammatikalisch unrichtig; er schmauste ziemlich viel und schlürfte beim Suppenessen; seine Fingernägel waren ungepflegt, die geschmacklose braune Krawatte sah schlief, und Nacken, Schultern und Taille zeigten Anzeichen zunehmender Dicke und fettgepolsterter Schwerefüßigkeit. Aber er war höflich. Ohne viel Aufhebens half er Sanford beim Bestellen des Essens, um etwaigen Verlegenheiten vorzubeugen. Bereitwillig lächelnd erklärte er Una die Grundprinzipien der Geschäftsführung in der Farbenbranche, und was für Chancen ein Mädchen dabei hätte. Er schien sein Geschäft gründlich zu verstehen, er erzählte seinen Klatsch, und das schmerzliche Lächeln auf seinen derben Lippen war beinahe rührend, als er zu Una sagte: „So 'nem hartgeprüften alten Bismarck wie mir wird ja ordentlich traurig zumute, wenn er dem jungen Volk da zusehen muß. Wie? Ich moß, ich hätte selbst solche Kinder, wie die sind.“

Er unterschied sich eigentlich nicht sehr von Henry Carson,

dieser Herr Schwirz, doch hatte er eine gewisse großstädtische Gewandtheit in seinem Wesen und eine scherzhafte Energie, die Henry Carson mit dem unsauberen Nacken gänzlich mangelte.

Und weil sie gerne mit Sanford Hunt zusammen war und hoffte, durch Herrn Julius Edward Schwirz noch besser verstehen zu lernen, wie wirkliche Geschäftsleute eigentlich ihre Geschäfte machten, hätte Una gerne nochmals mit ihnen zu Mittag gegessen.

Aber eine unerwartete und beunruhigende Krise unterbrach ihre glücklichen Fortschritte in der Selbsterkenntnis und Menschenkenntnis.

5.

Die Goldens hatten in Panama, Pennsylvania, kein eigenes Haus besessen, sie hatten ihres nur gepachtet. Hauptmann Lew Golden, der anderen stets so eifrig zugeredet hatte, Grundbesitz zu erwerben — woran er selbst eine kleine, durchaus zu rechtfertigende Provision verdiente — hatte niemals recht Zeit gefunden, darüber schlüssig zu werden, wie er sein eigenes Geld in Realitäten anlegen sollte. Als Una mit ihrer Mutter nach New York übersiedelt war, hatten sie das Haus aufgegeben und die schweren Möbelstücke, die großen Betten und den Herd verkauft. In den Rest der Einrichtung hatten sie mitgenommen und in ihrer kleinen Wohnung oben in der Hundertachtundvierzigsten Straße untergebracht.

Una behauptete, ihre Mutter sei eine so vollkommenere Dame, daß es eine himmelschreiende Schande sei, sich vorzustellen, wie sie hier in dieser Behausung ohne Fahrstuhl und Komfort eingesperrt sei; in diesem lahlen, glatten Kobziegelbau, dessen Fassade nur von Feuerleitern unterbrochen war. Das Haus hatte einen schmalen Flux, ein Steintreppchen mit Eisengeländer und billige Holztüren, die sich sogleich zu werfen angefangen hatten, kaum daß der Bau fertig und verkauft war. Die leuchtend grüne Stoffbespannung der Wände in den Bzrräumen war in weniger als einem Jahr verblüht und hatte nun die Farbe von dürrer Gras. Der Partier wurde mit jedem Augenblick nachlässiger. Er war anfangs auffallend fleißig gewesen, aber nun hatte er es offensichtlich aufgegeben, das Haus sauber zu halten. Es war einer von den vielen gelben Ziegelbauten, wie sie meilenweit im Umkreis standen; es trug den Namen einer afrikanischen Orchidee von seltener Lieblichkeit und war vollgepropt mit Büroarbeitern, Chauffeuren, auf Probe dianenden Kassisten und ungeheurer kinderreichen Frauen in Schlafrocken.

Die Goldens hatten drei Wohnräume und Bad: Eine kleine linoleumbelastete Küche mit Gasherd; ein Schlafzimmer mit einem Kleiderstank, eisernen Betten und einem einzigen gefälligen Möbelstück — Unas Toiletentischchen; dieses Zimmer wirkte ausgeprochen weiblich, schon durch seinen Geruch und die kleinen Stöße von Wäsche, an denen Frau Golden, je älter sie wurde, immer härter hing; ein Wohnzimmer mit steifen, braunen, mit Baumwollbrokat überzogenen Stühlen, die sie aus Panama mitgebracht hatten, einem roten Plüschsofa und zwei großen, in Eichenholz gerahmte biblischen Bildern: „Die Hochzeit zu Kana“ und „Salome im Tempel“.

Una träumte davon — sobald sie Erfolg hätte —, eine jener Wohnungen mit weiß lackierten Glasüren und Mahagonimöbeln zu beziehen, wie sie sie in den Frauenzeitschriften beschrieben sah. Sie begriff, daß sich die Mutter in all den langen Stunden des Wartens auf ihre Heimkehr einsam fühlen mußte; freilich konnte sie, die den ganzen Tag beschäftigt war, niemals so ganz nachfühlen, wie groß diese Einsamkeit in Wirklichkeit war; und so erwartete sie auch von ihrer Mutter, daß sie sich mit der Hoffnung auf die Zukunft zufrieden gebe.

Ganz plötzlich, einige Wochen nach dem Tanzfest, als die beiden sich über das alles überkathende Thema unterhielten, was für eine Stelle Una nach Beendigung des Kursus erhalten könnte, fing die Mutter plötzlich heftig zu weinen an und schluchzte: „Ach, Una, mein Kind, ich will nach Hause. Ich fühle mich hier so verlassen — ich habe ja niemand als dich und die Sessions. Können wir nicht nach Panama zurück? Es scheint doch, als müßtest du gar nicht recht, was du eigentlich anfangen sollst.“

„Aber Mutter...“

„Könntest du nicht in Panama eine Stelle bekommen, Kind?“

„Du weißt ganz genau, daß ich mich genug darum bemüht habe.“

„Aber vielleicht jetzt doch, mit deinem Handelskursus und so weiter. Selbst wenn es ein wenig länger dauern würde, bevor man dort etwas fände, so wären wir doch unter Leuten, die wir kennen...“

„Begreifst du denn nicht, Mutter, daß wir jetzt nur noch etwas über dreihundert Dollar haben? Noch eine Ueberfiedlung mit allem, was drum und dron hängt — und es bleiben uns keine zweihundert Dollar zum Leben. Hast du denn gar keinen Sinn für Geld?“

„Du solltest nicht so mit mir reden, Una!“ (Fortf. folgt.)



# Vor jedem Lohnabbau muß . . .

Die Unternehmer wissen, was sie sollen — aber sie wollen nicht.

Wir zitieren:

„Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn jetzt eine Herabsetzung der Beamtenegehälter unerlässlich sein sollte, eine solche der Direktoren der Reichsbank, der Reichsbahn usw. voranzugehen hat. Diese Gehälter dürfen keinesfalls diejenigen der Minister übersteigen. Aber auch dann darf dies nicht der Fall sein, wenn die Beamtenegehälter in der bisherigen Höhe bleiben sollten. Wir haben ja gesehen, daß die Regierung jetzt dazu übergegangen ist, einzelne Lohnsenkungen vorzunehmen. Angesichts dessen ist es unsere Pflicht, auch in dem angeordneten Sinne vorzugehen. Unmöglich kann man Beamte, Angestellte und Arbeiter in ihrem Einkommen herabsetzen, solange es noch Gesellschaften gibt, die ihrem Aufsichtsrat jährlich weit über 1 Million zahlen, also ein Einkommen von 500ollarbeitern, und solange es noch Leute gibt, die an die hundert Aufsichtsratsposten innehaben und auf diese Weise ein Arbeitseinkommen erzielen, das dem von 100 bis 400ollarbeitern gleich ist.“

Über nicht nur einzelne Aktiengesellschaften, auf die das von mir zitierte zutrifft, haben die Pflicht, die zu hohen Bezüge zu reduzieren, sondern auch die Inhaber der privatwirtschaftlichen Betriebe müssen in ihrer Lebenshaltung und in ihrem Aufwand mit gutem Beispiel vorangehen. Jeder Leiter eines Betriebes muß sich darüber klar sein, daß, wenn er mit einem ausländischen Wagen angefahren kommt, seine Arbeiter ganz genau wissen, daß durch den Kauf dieses Wagens drei deutsche Arbeiter-

familien ein Jahr lang brotlos geworden sind. Selbstverständlich kann der Staat die Einfuhr fremder Wagen nicht hindern. Ich bin aber der Ansicht, daß es in Deutschland in dieser Beziehung vielfach an nationaler Disziplin fehlt.“

Alle Länder, die ein niedriges Preisniveau haben, haben nur eine geringe oder gar keine Arbeitslosigkeit. Wenn es gelingt, das Preisniveau auch bei uns herunterzusetzen, so können Löhne und Gehälter ohne Schaden für Arbeiter, Angestellte und Beamten langsam zugleich mit den fallenden Preisen reduziert werden. Reallohn und Realgehalt müssen aber bestehen bleiben; sonst würden Lohn- und Gehaltskämpfe unsere Wirtschaft aufs schwerste schädigen.“

Das Interessanteste an diesen Ausführungen ist die Quelle, der wir sie entnehmen können. Sie stehen im Stenogramm der Tagung des wirtschaftspolitischen Gesamtausschusses des Hansabundes vom 14. Juni dieses Jahres und sind in den Ausführungen des Fabrikbesizers Leopold Veil (Haus Hardt) enthalten. Es ist immerhin erfreulich, daß auch in diesem Kreise die Erkenntnis dämmert, daß die Reallohn- und Realgehalt auch in der Krise erhalten werden müssen, und daß die Preis-senkungen und einige Formen der Kostensenkungen vorangegangen sein müssen, ehe zweckmäßig von einer Herabsetzung von Nominallöhnen gesprochen werden darf.

Die Botschaft ist listig, sie findet deshalb manchmal sogar Eingang in ein Tagungsprotokoll des Hansabundes!

## Zwangssyndikat für Kohle.

Paul Reusch kämpft gegen das Kohlewirtschaftsgesetz.

Das Ruhrkohlsyndikat ist jetzt auf zehn Jahre gebildet. Der „Berliner“ des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, hat es durch Verordnung insofern in Kraft gesetzt, als die bisherigen Löhnsenker (es waren nur noch wenige Prozent der Gesamtbeteiligung) zwangsweise dem Syndikat angeschlossen worden sind. Die Bemühungen der Ruhrkohlen, um jeden Preis das Syndikat durch freiwillige Vereinbarung zustande zu bringen, sind im Effekt gescheitert. Dreimal hat das Reichswirtschaftsministerium ein provisorisches Syndikat jeweils für einen Monat gebildet, um das Verlangen der Kohlen nach einer freiwilligen Syndikatsbildung zu respektieren. Es war auch zu erwarten, daß bis zum 30. Juni, 6 Uhr abends, dem letzten für den freiwilligen Beitritt der Löhnsenker festgesetzten Termin, der Zusammenschluß aus eigener Initiative erfolgt wäre. Am letzten Augenblick haben aber zwei Mitglieder, die ihre Unterschrift schon früher unter den Vertrag gesetzt hatten, ihre Unterschrift zurückgezogen. So mußte die Bildung eines Zwangssyndikats erfolgen. Es ist erfreulich, daß der stellvertretende Wirtschaftsminister kein neues Provisorium zugelassen hat und das Kohlewirtschaftsgesetz zur Anwendung brachte.

Die Entflechtung des neuen Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats durch staatlichen Zwang hat symptomatische Bedeutung. Der eine der beiden Opponenten, und zwar ein wirklich ausschlaggebender im Syndikat, ist nämlich Herr Paul Reusch, der die Gute-Hoffnungshütte vertritt. Herr Reusch wollte durch die Zurückziehung seiner Unterschrift keineswegs gegen die Politik im Syndikat demonstrieren, sondern gegen die Einmischung des Reichswirtschaftsministeriums in die Verhandlungen zur Bildung des Syndikats. Herr Reusch demonstriert also gegen ein Recht, das dem Reichswirtschaftsminister durch Gesetz zusteht. Es ist seit langem bekannt, daß sehr starke Kräfte sich um die Befreiung des Kohlewirtschaftsgesetzes bemühen. Dieser grundsätzlichen Opposition gegen das Kohlewirtschaftsgesetz wollte Herr Reusch deutlichen und weithin sichtbaren Ausdruck geben. Man wird die Demonstration der Gute-Hoffnungshütte als neues Symptom für die Stellung der Schwerindustrie zu der gesetzlichen Regelung der Steinkohlewirtschaft ernsthaft beachten müssen.

## Standardisierung im Dunkeln.

Glossen zu Schieles Handelstlassengesetz.

Der agrarischen Führung ist seit langem von der Sozialdemokratie und neuerdings auch durch das Agrarprogramm der Industrie der sehr ernste und berechtigte Vorwurf gemacht worden, daß sie ihre Agrarpolitik auf Zollforderungen, Subventionen, Steuererläß und Zinsentlastung beschränkt, daß dagegen für wirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahmen, darunter insbesondere für Standardisierung und Verbesserung der Absatzmethoden, nichts getan wird. Der Landwirtschaftsminister Schiele hat sich diese Vorwürfe anscheinend endlich zu Herzen genommen — er hat ja auch bereits bei der Veröffentlichung des Industrieprogramms bedauert, daß dieses nicht als Gemeinschaftsarbeit des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Ernährungsministeriums veröffentlicht worden ist! — und schon vor längerer Zeit ein umfassendes Standardisierungsgesetz angekündigt. Wer aber erwartete, daß nun wirklich zum erstenmal aus dem Ernährungsministerium ein Stück solider und guter Arbeit in Form eines brauchbaren Standardisierungsgesetzes herauskäme, ist enttäuscht.

Vor wenigen Tagen ist der bisher geheimgehaltene Entwurf des Schiele'schen Handelstlassengesetzes in einer Tageszeitung veröffentlicht worden, und siehe da: aus dem Elefanten ist eine kleine Maus geworden. Das Gesetz ist nämlich wieder einmal nichts anderes, als eine der in der letzten Zeit so beliebt gewordenen Ermächtigungen für die Regierung, Standardisierungsbestimmungen für die einzelnen Produkte im Verordnungswege zu erlassen. Durch dieses Handelstlassengesetz soll der Öffentlichkeit vorgetäuscht werden, daß auf dem so wichtigen Gebiet der Standardisierung und Qualitätsverbesserung land-

wirtschaftlicher Erzeugnisse vom Ernährungsminister gearbeitet worden wäre, in Wirklichkeit ist aber dieser Gesetzentwurf nichts anderes als eine Bemäntelung der im Reichsernährungsministerium völlig fehlenden Sachkenntnis und sachlichen Arbeit.

Der Reichsernährungsminister würde gut tun, dieses Gesetz (für Ermächtigung liegt gerade bei der Standardisierung der einzelnen Produkte nicht die geringste Notwendigkeit vor) schleunigst wieder verschwinden zu lassen und anstatt dessen wirklich durchgearbeitete Gesetzentwürfe zur Standardisierung jedes einzelnen landwirtschaftlichen Produkts vorzulegen.

Es ist ein unmöglicher Zustand, daß Standardisierungsmassnahmen, die in ihrer Organisation und Durchführung recht kompliziert sind, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Vermeidung sachlicher Beratungen und sachlicher Kritik in einer der Dunkelkammern des Reichsernährungsministeriums zusammengestellt werden. Eine ausgiebige öffentliche Beratung der einzelnen Standardisierungsgeetze ist um so notwendiger, als sich das erste vom Reichsernährungsministerium herausgegebene Standardisierungsgesetz, nämlich das Reichsmilchgesetz, obwohl es in der Öffentlichkeit beraten wurde, wegen seiner schlechten Konstruktion und seiner vielen Ermächtigungen bei höherem Jurensediglich als Legalisierung der in der Milchverarbeitung bestehenden miserablen Zustände entpuppte. Der Reichstag wird an diesem Gesetz noch scharfe Kritik üben müssen.

Des Spätes halber soll erwähnt sein, daß der Reichsernährungsminister Schiele in seinem Gesetzentwurf die Möglichkeit zwangsweiser Kollektivierung von landwirtschaftlichen Betrieben und Verarbeitungsbetrieben vorzulegt. Es scheint so, daß diese Absicht der Zwangskollektivierung dem Landwirtschaftsminister von kommunistischer Seite suggeriert worden ist; vermutlich wird ein Kommunist von Schiele für diesen guten Rat ein Reichskommissariat für Zwangskollektivierung der deutschen Landwirtschaft erhalten.

## Technik und Bauernschaft.

Jahresversammlung des Reichsratoriums für Technik in der Landwirtschaft.

Die Jahresversammlung des Reichsratoriums für Technik in der Landwirtschaft (RTA), die am Sonnabend in Berlin stattfand, beschäftigte sich in erster Linie mit dem Problem der Mechanisierung, und zwar stellten die beiden Redner, die Professoren Münzinger-Hohenheim und Dr. Koelmer-Halle, den bäuerlichen Betrieb in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.

Nach der Auffassung der Redner führt der primitive Betrieb in den kleinen Bauernwirtschaften zu einer Überlastung des Bauern und seiner Familien. Dadurch würden große Gefahren heraufbeschworen. Die Bandflucht erfasse nicht nur den Landarbeiter, sondern auch den kleinen Bauern. Die bisher aktive Bevölkerungsabwanderung drohe auf dem Lande unter den gegenwärtigen Verhältnissen bald passiv zu werden. Es komme darauf an, Arbeitserleichterungen mit Hilfe der Mechanisierung, also durch die Maschine, zu schaffen. Maschinen kosten aber viel Geld, das gerade der kleine Bauer nicht hat. Andererseits kann der kleine Bauer die Maschine nicht voll ausnutzen. Die hohen Kapitalkosten könnten durch Bildung von Genossenschaften und genossenschaftliche Benutzung der Maschine herabgedrückt werden. Aber auch das habe seine Grenzen. Hier ergebe sich der Ausweg der Lohnmaschine. Diese habe den Vorteil, daß die Bedienung geschult ist und nicht gewechselt zu werden braucht.

In diesem Zusammenhang betonte Professor Koelmer die Wichtigkeit einer stärkeren betriebswirtschaftlichen Schulung und Beratung der Bauern. Er habe in einem Betrieb von 45 Hektar Größe durch betriebswirtschaftliche Verbesserungen, Hebung des Förderwesens, durch kleine Umbauten, Umstellung der Milchwirtschaft auf Qualitätsmilch für den Stadterkauf, Erweiterung der Schweinezucht, Verbesserung der Futterbasis usw. ganz erhebliche Erfolge erzielen können. Deren finanzielle Auswirkungen gestatten bereits aus den Erträgen des ersten Jahres viele Reuanpassungen und Umbauten. Alles hänge von der betriebswirtschaftlichen Beratung im bäuerlichen Betrieb ab.

Der Jahresbericht spricht wieder vom regen Arbeitseifer des RTA, dem ein geschulter und für die Landwirtschaftstechnik begeisterter Nachwuchs zur Verfügung steht; jedoch bleiben die Erfolge immer noch gering. Verwiesen wird auf die in

Gemeinschaft mit dem Reichsverband des deutschen Gartenbau- und gewerblichen Arbeiter auf dem Gebiet der Gewächshäuser und Koblshäusern. Gerade die Koblshäuser haben bereits zu einem großen Erfolg geführt. Auf dem Gebiet der forstwirtschaftlichen Arbeiten hat sich das Institut mit der Schädlingsbekämpfung und arbeitsersparnden und arbeitsersparenden Geräte beschäftigt. Weiter werden die Gebiete der Feldberegung und technische und betriebswirtschaftliche Untersuchungen über Schlepper behandelt. —lk.

## Ruhr-Scharfmacher in Oesterreich.

Die Alpine Montan und ihr Herr Apold.

Die Oesterreichisch-Alpine Montanengesellschaft hat, wie es sich unter Brüdern von selbst versteht, die Klagen über zu hohe Soziallasten und Löhne und soziale Abgaben gestiegen. Die Aufwendungen für Sozialversicherung sind jedoch nach der Gewinnrechnung im letzten Jahr um 63 000 Schilling (von 5,32 auf 5,45 Mill. Schill.) gesunken, obwohl der Umsatz in dieser Zeit eine Steigerung um rund 5 Proz. erfahren hat. Die Selbstkosten können bei der Alpine Montan im Widerspruch mit der Behauptung im Geschäftsbericht, die von Generaldirektor Apold in der Generalversammlung wiederholt wurde, nach der Gewinnrechnung nicht gestiegen sein. Reingewinn und Abschreibungen zusammen sind nämlich mit 12,69 Mill. Schill. fast viermal so stark als der Umsatz gestiegen, nämlich um über 19 Prozent. Die Gesellschaft muß also bedeutend mehr verdient haben als im Vorjahr; daran wird durch die Akkumulationspolitik nichts geändert, die zu einer unbegründeten Erhöhung der Abschreibungen (um 2 Mill. Schill.) auf Kosten der Dividende (4 Proz. wie im Vorjahr) führt. Die Verwaltung vermeidet es begreiflicherweise, ihre Behauptung über den erhöhten Lohnaufwand ziffernmäßig zu belegen.

Herr Apold, der Herr der Alpine Montan und als Sachwalter des deutschen Ruhrstahltrüsts zugleich Hauptfinanzier der schicksaligen Heimwehr in Oesterreich, hat in der Wiener Generalversammlung am 28. Juni zugegeben, daß er Oesterreich einen „Dreadstaal“ genannt habe, in dem endlich einmal gespart werden müsse. Die Heimwehr aus dem Schweiß der Arbeiter finanzieren, das schwer um seine Existenz kämpfende Oesterreich einen Dreadstaal selber und im Geschäftsbericht unredlicherweise über Löhne und Soziallasten klagen: ein allerliebsteres Schwerindustriellenporträt.

## Ertragloses Armaturen-Geschäft?

Die Armaturenfabrik F. Buhle-Bernhard Joseph A.-G., Berlin (Konzern Wolf Reiter u. Jacobi), berichtet über das Jahr 1929, daß die Fabrikation von Stapelarmaturen infolge erhöhter Preissteigerung im Wettbewerb ertraglos geblieben sei. Diese Feststellung steht etwas im Widerspruch mit den Abschüssen anderer Armaturenfabriken, so dem der Nürnberger Hilpert A.-G., die für 1929 aus einem erhöhten Reingewinn wieder 7 Proz. Dividende ausschüttet. Die Buhle Joseph A.-G. verteilt 5 Proz. (im Vorjahr 7) aus dem inzwischen um 750 000 M. auf 3,5 Millionen Mark erhöhten Kapital. Der erhöhte Reingewinn in Höhe von 0,24 (Vorjahr 0,22) Millionen Mark wurde nach Angabe der Verwaltung durch eine wesentliche Steigerung des Absatzes von Spezialfabrikaten erzielt, insbesondere durch den Vertrieb kompletter sanitärer Einrichtungen in der zweiten Jahreshälfte. Die Beteiligung an den Ludwig-Bessel-Steingutwerken A.-G., Bonn, für die im vorigen Winter die Kapitalserhöhung vorgenommen wurde, hat sich also bewährt. Die Gewinnrechnung läßt eine beträchtliche Senkung der Steuern und Soziallasten erkennen (um 60 000 M. von 0,36 Millionen im Vorjahr auf 0,30 Millionen Mark); der Umsatz stieg gleichzeitig von 6,44 auf etwa 6,77 Millionen Mark. Zum Klagen hat die Gesellschaft wenig Grund.

## „Der Fall Görlich“.

Schwindelhafte Behauptungen.

Wochenlang ist die mittelfränkische Presse mit der Behauptung treiben gegangen, der Konsumverein Görlich habe Millionen an Steuern hinterzogen und sei mit hohen Straffsteuern belegt worden, aber der „ihm befreundete sozialdemokratische Reichsfinanzminister“ habe der „marxistischen“ Genossenschaft Steuern und Strafe „aus Billigkeitsgründen“ erlassen.

Im Preussischen Landtag interpellierten Howe und Genossen, im Reichstag Dr. Wlenbeck und Genossen wegen dieses Falles. Die preussischen Mittelständler muhten sich sagen lassen, daß sie sich an die falsche Adresse gewandt hätten, da es sich um eine Reichsangelegenheit handle. Ihre Freunde im Reichsparlament erblickten im Haushaltsausschuß den gebührenden Denksteil. Dort stellte der Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer fest, daß

1. die Behauptung über eine vorläufige Steuerhinterziehung des Konsumvereins Görlich und die Festsetzung einer Straffsteuer unzutreffend,

2. überhaupt kein Strafverfahren gegen diesen Konsumverein eingeleitet sei,

3. der Erlaß des Reichsfinanzministers Dr. Hüfner sich auf alle Genossenschaften bezogen habe und durch die Reklamation des Reichsfinanzhofs notwendig geworden sei.

Die Nichtberechtigung der gegen den Konsumverein Görlich erhobenen Vorwürfe wurde von dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Cremer und dem Zentrumsabgeordneten Schladt bestätigt.

## Gemeinden und Konsumvereine.

Der Handelsausschuß des Preussischen Landtags lehnte einen deutschnationalen Antrag auf Erlaß eines Verbots des Beitritts von Gemeinden zu Konsumvereinen ab.

# Weiße Zähne: Chlorodont

# Mik. Bobrow: Der „Korkenzieher“

„Von meinem Sturzflug im Jahre 1926 habe ich natürlich nicht so viele Bilder. Die 34 Stunden Flugzeit führten mich über das schlafende Polen, das erwachende Königsberg, das rauchige Berlin, den in Lichtreflexe brennenden Gifferturm, die von Wolken halbbedeckten, im Morgengrauen glühenden Schneegipfel der Alpen, das Mittagsblau des Goffs von Genua, die Ruinen der alten Roms zu dem Fackelzug in Wien und der morgendlichen Rückkehr nach Moskau. Es ging zu schnell!“ sagte Michael Gramow, als er uns sein Fotoalbum mit den zahllosen Photos von seinem Europa-Rundflug 1929 auf den „Flügeln der Sowjets“ zeigte.

Auf einem der Bilder sehen wir einen Graben, der von einem abgestürzten und in kleine Stücke zerfallenen Flugzeug in die Erde gerissen wurde. Man fühlt, daß eine ungeheure Kraft das Flugzeug gegen die Erde geschmettert hatte: es mußte mit riesiger Geschwindigkeit schräg nach unten gestürzt sein.

„Was ist das?“ fragten wir.  
„Das sind die Reste des Flugzeugs, mit dem ich am 23. Juni 1927 geflogen bin.“

„Und Sie?“  
„Ich bin, wie Sie sehen, heil und gesund geblieben!...“ Und Gramow erzählte von dem „kleinen“ Abenteuer aus seinem Berufsleben: „Ich mußte an jenem Morgen den ziemlich gefährlichen Versuch machen, ein neues Flugzeug auf den „Korkenzieher“ hin zu prüfen. Jeder von Ihnen wird wohl schon gesehen haben, wie Militärflugzeuge plötzlich aus genügender Höhe senkrecht mit der Spitze nach unten, sich schnell um ihre eigene Achse drehend, stürzen... um nach einer Anzahl von Drehungen wieder in den normalen Flug überzugehen.“

Diese Nummer der hohen Schule des Fliegens sieht sich manchmal schaurig an, und man muß wirklich starke Nerven haben, um sie auszuführen... Das Heulen des Windes, das Quietschen der Tragflächen, der Fall mit einer Geschwindigkeit bis zu 200 Kilometer in der Stunde, dazu ein so schnelles Drehen, daß man den Horizont beinahe nicht mehr sieht, — es ist eine schwere Nummer. Sie endet gewöhnlich, wie der Flieger es will. Jedes Militärflugzeug muß sie können... Natürlich kommt es auch vor, daß das Flugzeug aus irgendwelchen technischen Gründen sich nicht mehr aus dem „Korkenzieher“ bringen läßt — doch übersteigen solche Unglücksfälle nicht mehr als 2 bis 3 Prozent der Zahl der zu prüfenden neuen Flugzeugkonstruktionen... Nur müssen wir, Flieger des wissenschaftlichen Fortschritts und Prüfungsinstanzen, jede neue Konstruktion praktisch von allen Seiten erproben, bevor die Flugzeugwerke mit ihrem Serienbau beginnen...“

„Ich beschrieb mir an jenem Morgen vielleicht zum hundertsten Male das neue Flugzeug: was wird es mir bringen?“

„Nimmst du den Fallschirm mit?“

„Ja, natürlich!“  
Das weiche Kissen des Fallschirms liegt unter mir auf dem Sitz. Ich kontrolliere die Riemen, den Ring... Der Motor brüllt tolllos... Und nun geht die Erde nach unten.

Der Höhenmesser zeigt drei Kilometer Höhe.

Gemut! An die Arbeit! Beginnen wir mit dem Looping.

Der Wind brüllt, heult und knist in den Tragflächen. Die Flügel vibrieren... Jetzt habe ich die notwendige Geschwindigkeit... Ich ziehe den Griff weich zu mir — die Erde und der Horizont verschwinden nach hinten... Vor mir ist der Himmel, nur der Himmel... Ein Augenblick — und auch er verschwindet... Heber mir ist — die Erde!... Ich schließe den Kreis und gehe in den Normalflug über.

„Rein, das Flugzeug ist gut... Die Todesstöße war ausgezeichnet, und ich schäme mich meines Mitmenschen gegen das Flugzeug... Ich löschte meinen Stahlnagel mit der Hand im Reißhandbuch. Nun wird der Fallschirm unter dem Sitz liegen!“... Daß ich so schlecht von meinem Flugzeug denken konnte!

In 200 Meter Höhe gehe ich in den „rechten Korkenzieher“, d. h. in den Fall mit Rechtsdrehung um die Längsachse. Ich zähle fünf Drehungen, jede — wie ich nach der Uhr feststelle — von anderthalb Sekunden Dauer, und will den Apparat in die horizontale Lage bringen... Gleichzeitig lese ich ab, daß ich schon 300 Meter Höhe verloren habe!

Aber der Apparat gehorcht nicht... er macht die sechste, siebente, achte Drehung...

Ich warte — wie unfähig das Ding! Dieses Warten dauert kaum über eine Sekunde — wiederhole den Versuch... und bewerte mit Entsetzen, daß die Steuer, die ich in die richtige Lage gebracht habe, nicht funktionieren. Ich unternehme eine ganze Reihe von Versuchen. Aber das Flugzeug reagiert auf keine Stellung der Steuer... Das Flugzeug macht 10 bis 12 Drehungen und geht schließlich in den „Todes“, den „hohen“ Fall über...

Keine Rettung — der Tod... Ein sinnloser, dummer Tod in 30 Sekunden — doch ist der Gedanke in mein Hirn... — 30 Sekunden trennen mich noch von der mir rasend entgegenstürzenden Erde.

Die Spitze kaum — kaum gegen den Horizont geneigt, wirbelte mein Flugzeug immer schneller und schneller... Es war mir plötzlich unmöglich, noch die Drehungen zu zählen, den Höhenmesser oder die Uhr abzulesen. Die Zentrifugalkraft drückte mich in den Sitz hinein, als presste und quetschte mich jemand... Im Kopf ein Säusen und Rauschen, wie eine Reeserbröndung. Und dazu ein ungewöhnliches „übermenschliches“ Arbeiten des Gehirns...

Der erste Gedanke: der Fallschirm! Das ist die einzige Rettung in solchen Fällen...

Was muß ich tun?

Hinaus, in die Leere springen und an dem Ring reißen, der den Schirm öffnet. Ich besinne mich auf jedes Wort der Instruktion und stelle gleichzeitig den Aktionsplan fest — aber wird die Zeit reichen?

Habe ich noch genug Höhe?... Nach meiner Schätzung sind bis zur Erde nicht mehr als 600 bis 700 Meter geblieben, und das Flugzeug rast... Die Drehbewegung hat sich noch verstärkt: der Horizont und alle entfernteren Dinge auf der Erde sind zu einem grün-grauen Streifen zusammengelassen...

Mit ungeheurer Willensanstrengung reiße ich mich zusammen... Zwinge mich, nicht an die Gefahr zu denken... Mache die Riemen mit, mit denen jeder Flieger sich an den Sitz schnallt... kontrolliere noch, ob ich sie aufgemacht habe...

In nehme in die rechte Hand den Ring des Fallschirms — kontrolliere mit den Augen, ob ich auch wirklich den Ring in den Händen halte, versuche aufzustehen... und kann nicht. Eine fürchterliche Kraft drückt mich auf den Sitz nieder... Ich lasse den Ring los und versuche, aus dem Führersitz zu klettern...“

„Warum geschieht das alles so langsam?“ blüht der Gedanke auf. Mit gewaltiger Anstrengung stelle ich das linke Bein auf den Sitz, stoße mich mit beiden Händen ab, „dränge mich zu dem Bord durch“ — und setze mich nach langem Kampf auf den Rand der Kabine...

„Hu—u—u... wie schwer!...“ Ich konnte schon den Kipptasten keine Beachtung mehr, meine Gedanken sind ganz von

dem Ring des Fallschirms in Anspruch genommen... Jetzt fühlen meine Finger das kalte Metall... Sie hatten es fest, aber ich glaube nicht dem Gefühl... Es kann täuschen...

Blitzartig erinnere ich mich an den Fall, wie der Erfinder dieses Fallschirms abgesprungen war und im Fall vorwärtend am Ring zog: Der Fallschirm öffnete sich nicht. Er blühte nach oben und bemerkte, daß er nicht am Ring, sondern am Ende des Riemens zog...

Mit dem Gefühl von Würdigkeit und völliger Gleichgültigkeit gegen alles, was kommen mag, sammle ich die letzten Kräfte, stoße mich ab und... falle in den Abgrund...

„Rein Herz hämmert in der plötzlichen Stille... Ich fühle meinen Puls in den Schläfen und in den Fingerspitzen, und dieses Gefühl macht mich trah: Ich lebe!...“

Was war denn mit mir geschehen?...

Sofort nach dem Sprung zog ich automatisch, ohne nachzudenken, an dem Ring, 2 bis 3 Sekunden vergingen, während denen die Kameras auf der Erde sahen, wie ich Roholz schließend und mich drehend stürzte... Ich habe bis jetzt noch das Gefühl, wie ich zum erstenmal im Leben während des Fallens eine un-

## Walter Dehmel: Der steinerne Hof

Kalendermäßig soll Frühling sein. Jergendwo draußen scheint die Sonne, schießt unter ihren warmen Strahlen saftiges Gras aus dem Boden, prangen Baumspitzen im hellen Blättergrün — der steinerne Hof weiß nichts davon. Ein kaltes, graues Biered, vertrieht er sich im Schatten der hohen Mietshäuser, die ihn von drei Seiten umgeben. Die vierte wird durch eine niedrige, bröckelige Mauer eingekläst, dahinter liegt der Breiterplatz einer Kaufirma, an den schon wieder die Hinterhäuser der nächsten Straße stoßen. Grau und feucht ist der Hof, mit großen Steinen roh beplankt. Eine rostige Teppichklopfmaschine, ein paar ewig vollgestopfte Müllkästen, ein kleiner verhafter Hautloß, das ist alles, was an diesem Hof bemerkenswert ist. Rein doch, eine Hausordnung ist noch da, ein emailliertes Blechtablett an der Mauer, auf dem in zwölf oder vierzehn Abfäßen die Müllabgabe, das Teppichklopfen, das Müllschieben und andere Verrichtungen in vorgeschriebener Reihenfolge geleistet werden sind. Aber wie gelangt, nur auf der Tafel. In Wirklichkeit kümmert sich nämlich kein Mensch um diese faule Hausordnung. Und die Katten am allerwenigsten. (Von denen steht auch übrigens nichts in derselben.)

Der frühe Vormittag ist die Zeit der Katten. Da kommen sie aus ihren Schlupflöchern drüben hinter der Mauer, zwischen den kaltschweißigen Breiterhäusern, hernor und spazieren gemächlich im Hofe umher, machen sich über die Müllkästen her, klettern auf die Teppichklopfmaschine, kurz, sie ignorieren die Hausordnung vollkommen. Manchmal öffnen sie sich oben ein Fenster nach dem andern — sechs- und fünfzig gehen auf den Hof hinaus — und die Menschen machen sich bemerkbar. Ab und zu wirft jemand mit einem Laut des Mißbehagens irgendeinen Gegenstand in den Hof, um die Katten zu verschrecken. Zwei, drei Frauen geraten dann wohl noch ein Fenster zu Fenster in eine Unterhaltung, die nicht weniger laut als anhaltend, sich nicht allzu lange bei den Katten aufhält, sondern über allerhand Mißstände dieses Hauses im besonderen, und des menschlichen Lebens im allgemeinen, sich verbreitet und sich zum Schluß beharrlich einem immer gleichen Ziel nähert, der ausgiebigen Bekämpfung des lieben Nächsten. Die Katten haben sich derweil in ihre Schlupflöcher zurückgezogen, nicht aus moralischen Erwägungen oder der Hausordnung zuliebe, sondern weil es ihnen zu geräuschvoll wird. Frauen kommen, schütten Müll aus, Händler rufen Waren aus, — und dann kommen die Katten.

Um diese Zeit verliert der Hof etwas von seinem düsteren Aussehen. Und doch, es ist so traurig, die blassen Kinder hier im ewigen Schatten der hohen Häuser, auf feuchten, kalten Steinen spielen zu sehen. Mit ein paar Kreidestrichen haben sie sich ein gitterartiges Rechteck auf die Steine gezeichnet, mit zwei abschließenden Halbkreisen oben und unten. „Himmel und Hölle“ heißt das Spiel, das sie damit spielen. Sie hocken von einem Bein von dem unteren Bogen, der „Hölle“ von einem Fuß ins andere und versuchen dabei, einen auf den Standfuß gelegten kleinen Glascherben in den oberen Bogen, den „Himmel“, zu bringen.

Manchmal spielen sie auch Bertek in den Kellerlöchern und zwischen den Müllkästen, oder sie hocken um ein kleines Erdloch und schieben Würmeln — aber vorherrschend ist doch das ersigennante Spiel. — Himmel und Hölle — arme, blasse Profetierkinder, ihr merdet eurer „Hölle“ so schnell nicht entrinnen. „Hölle“, das ist ja nicht nur der graue, feuchte Hof ohne Sonne, auf dem ihr spielen müßt, „Hölle“ ist auch nicht nur die enge Wohnung, in der ihr eine abgearbeitete Mutter bei der Heimarbeit stört, — „Hölle“ ist auch nicht nur die eine Stube, die gleichzeitig Wohn- und Schlafzimmern ist und in der ihr die wüsten Orgien des Hasses, der Trunkenheit und der körperlichen Gier der Erwachsenen mitansehen müßt, — die Straße, die auch mit gefüllten Schaufenstern zu unerlaubter Besitzaneignung verlockt und mit tobdringenden Fuhrwerken bedroht — — „Hölle“ ist auch das ganze elende Dasein, in das ihr hineingeboren seid und aus dem sich so wenige hinauszuwachen können, — es braucht ja nicht gleich ein „Himmel“ zu sein, in den man gelangt —

Einmal werdet ihr so wohl alle wachen, in einem Himmel zu sein, wenn das erstemal das große Erlebnis der Verbindung mit dem anderen Geschlecht heraufschend über euch kommt, — oh wie wenige von euch werden sich diesen „Himmel“ bewahren und wie vielen wird daraus durch Hunger und Entbehrung, Haß, Verbitterung und Innerstärken eine neue „Hölle“ erwachsen —

So frag ich das Schicksal: Warum? Warum?

Gibt gar keine Antwort. — Schicksal bleibt stumm.

Ein alter Mann singt das mit einer zerbrochenen, müden Stimme. Das Spiel der Kinder ist gestört, der fremde Mann ist mitten in die Kreidestriche getreten. Scheu stehen die Kinder beiseite und betrachten ihn. Mit zurückgelegtem Kopf quersieht er die hohen Stellen des Bredes heraus, dabei läßt er verlohnen die Augen über die Fensterreihen wandern und begierig lauscht sein Ohr, ob nicht das verheißungsvolle Zuschlagen kleiner in Papier gewickelter Geschenke zu hören ist. Und wirklich, ein paar der erhofften weißen Sendboten des Mißweils fallen herunter zu ihm. Wie Schmetterlinge fallen sie weiß in den Hof herab. Die Kinder heben sie auf und geben sie dem Alten. Dem sind sie sicherlich lieber als richtige Schmetterlinge. Mit einem Dankwort geht er. Die Kinder spielen wieder „Himmel und Hölle“ — — Jergendwo sind Bäume, grüne Wiesen, scheint die Sonne, blühen bunte Frühlingstulpen.

Der steinerne Hof bleibt grau.

Die Britische Bibelgesellschaft hat im Jahre 1925 über 10,5 Millionen Bibeln verteilt, die in 570 verschiedenen Sprachen abgedruckt waren.

gemündliche Stoffigkeit der Luft spürte... Dann gab es Jergendwo oben ein Knattern: es ritz mich mit Gewalt nach oben, als hätte mich jemand an den Schultern gepackt... und ich sah in einem bequemen Sessel.

Mein erster Gedanke: „Wo ist das Flugzeug! Daß es nicht auf mich fällt!“ Aber es war schon auf der Erde: so groß war die Schwerkraft seines Sturzes. Ich hörte noch ein Krachen und Donnern...

Ich blühte auf die Armbanduhr: vom Beginn des „Korkenziehers“ waren nur dreißig Sekunden vergangen...

Langsam und weich trat ich der Schiene nach unten... Ich konnte schon die Gebäude, Menschen unterscheiden, die irgendwohin übers Feld liefen... Ich dachte an die Verhaltungsmaßregeln beim Augenblick der Landung... Aber ein Windstoß warf meine Schirm auf eine am Wege stehende Birke, und die herbeistürzenden Soldaten bestreuten mich aus meiner Gefangenschaft... Bis auf eine leichte Fußverrenkung war ich heilgeblieben, was auch der Arzt konstatierte. Als er mich forlließ, sagte er mit einer neuen Heiligkeit: „Gut, gut!“... Mit Ihren Nerven könnten Sie diesen Sprung sofort wiederholen!...

Ich lachte laut auf, so maßlos glücklich erschien mir der Gedanke, diese 30 Sekunden noch einmal zu durchleben. Ich werde sie auch ja nie vergessen!

(Scherzreden von R. Chertl)

## J. Lützelburger: Landverbesserung in Italien

Seit dem Weltkrieg macht Italien große Anstrengungen, um Oedländer, kumpfiges oder zu trockenem Gelände in fruchtbares Ackerland umzuwandeln. Das hat nicht bloß den Vorteil, daß das Land viele Arbeiter festhalten kann, die sonst ihr Brot in fremden Ländern verdienen müßten, sondern auch daß die Einfuhr von Lebensmitteln eingeschränkt werden kann; ferner wird durch die Trockenlegung kumpfiger Gebiete die Malaria, die seit langer Zeit dort heimisch war, verdrängt.

Das „Rationale Krieger-Brot“ hat den ehemaligen Soldaten, die in der Heimat bleiben wollten, Land überlassen, das ihnen von der Regierung zugewiesen wurde. Ferner wurden die Grundbesitzer gezwungen, auf ihren Ländereien die für notwendig erachteten Verbesserungen durchzuführen, wobei die Regierung sie nötigenfalls durch Kreditgewährung und Zuschüsse unterstützte.

Bei Bedarf waren 40 000 Hektar Sumpfland. Dieses wurde an verschiedene Genossenschaften vergeben, von denen jede 500 bis 10 000 Hektar zugewiesen erhielt. Durch Entwässerungen ist das Land jetzt so fruchtbar geworden, daß es vier- bis sechsfach bessere Ernten ergibt als früher.

Rahe bei Ravenna hat man 10 000 Hektar durch den angeschwemmten Boden des Ramone-Flusses verbessert, was allerdings eine Erdbewegung von 200 Millionen Kubikmeter Boden erforderte. Jetzt wachsen dort Getreide, Zuckerrüben und Futterkräuter mannigfacher Art mit einem Hektarertrag von 3000 Lire.

Auch die Pontinischen Sümpfe in Süd-Latium, die im Mittelalter wegen ihrer Fruchtbarkeit berühmt waren und dann durch ihre ständigen Krankheiten verfallen waren, sind jetzt beinahe ganz trockengelegt.

In anderen Stellen hat man Bewässerungen durchgeführt und durch den Bau von Kanälen große Strecken der Bebauung erschlossen. Wiederum an anderen Stellen hat man Mittel und Wege gefunden, den harten Sandboden zu bearbeiten und aufzuschließen.

Die Latifundienbesitzer, die einen großen Teil ihrer Ländereien brach liegen ließen, wurden gezwungen, dem Staat einen Teil davon zu verkaufen, und dieser teilte sie auf, indem er Kolonisten 15 bis 20 Hektar überließ.

Italien macht sich für die Ernährung allmählich unabhängig vom Ausland. So wurden im Halbjahr 1929 fast 8 Millionen Zentner Getreide weniger eingeführt als früher, d. h. fast eine Milliarde Lire erspart.

## Buketindustrie und Mode

Josephine Beauharnais liebte Veilchen und machte dem ersten Napoleon den Kult ihrer Lieblingsblume zur Ritterpflicht. Als Marguerite Gautier, die Heldin der Dumaschen „Kometendame“, dann erklärte, sie wolle nur Buletts aus Kamelien, begann die Zeit dieser Blume. Die Buletts für die Höflichkeit der Damen verschlangen Unsummen, die ganze Welt stand unter diesen Bann. Inzwischen hatte in Deutschland die Kornblume, die Lieblingsblume Kaiser Wilhelms I., eine Bedeutung erlangt, die jeden anderen Blütenfall übertraf. Bei keiner Festlichkeit durften Kornblumen fehlen. Dann begann die Mode, die Buletts, bevor man sie trägt, einem Dörrprozess zu unterziehen, oder Gräser mit hineinzubinden. Darauf tat man einen großen Schritt vorwärts: man versuchte die Blumen aller Zonen für die Bulettsindustrie zu verwerten. Da sie im lebenden Zustand schwer zu transportieren sind, wurden sie getrocknet verschickt. So entstanden die furchtbaren Markart-Buletts als modernste Erzeugnisse der damaligen Industrie. Ein Schritt weiter und man machte die Entdeckung, daß man Blumen auch künstlich färben kann, indem man den Pflanzen Farbstoffe beibringt, um sie in den knalligsten Farben leuchten zu lassen. In einer Zeitung aus dem Jahre 1890 steht: „Man kann den Geminden aus getrockneten Pflanzen eine Kristallblume geben, welche sie geradezu zauberhaft erscheinen läßt. Man taucht nämlich den Strauß in eine Kalklösung, die man dann abtropfen und trocknen läßt. Die Wirkung ist damit erzielt und ein Schmutz unserer Wohnräume und Spiegel gewonnen, welchen man keineswegs gering anschlagen soll.“ Heute verschmähen wir solche Kunststücke und verwenden die Blumen, so wie sie gemacht sind, je einfacher und natürlicher, desto besser, wenn sie nur schon angeordnet werden.

Der Devotionsstrich. Mit so manchen anderen bürokratischen Zopf ist seit dem Kriege auch der „Devotionsstrich“ endgültig aus den Amtsstuben verschwunden, aber in früherer Zeit spielte er eine große Rolle, und webe dem, der dieses Zeichen der Ehrerbietung und des Respektes nicht beachtet hätte. Wie ernst man es damit nahm, zeigt ein Barjall, den der bekannte Hygieniker Geheimrat Buchner in den Erinnerungen erzählt, deren Veröffentlichung er unter dem Titel „Erntes und Heiteres aus meinem Leben“ in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ beginnt. Er war eben zum außerordentlichen Professor für Hygiene in Würzburg ernannt worden, aber noch bevor er sein Amt im September 1885 antrat, bekam er vorher den ersten Rüssel: „Das erste amtliche Attestat aus Würzburg rührte von einem alten Kuratorialsekretär her, der mich dringend ersuchte, „in Zukunft“ den Devotionsstrich gebührend zu berücksichtigen.“ Heute wissen wohl noch wenige, was in Brauchen der Devotionsstrich war. Bei einer Eingabe hatte man es so einzustellen, daß von der letzten vollgeschriebenen Seite noch 1 bis 2 Zeilen auf das nächste Blatt kamen; dann wurde mit dem Bleistift ein langer Strich gezogen, und darunter die Unterschrift gesetzt.

Eine Wunderuhr. In einer Kathedrale in Beauvais befindet sich eine Uhr, die nicht nur die Zeit, sondern auch die Tage der Woche, den Monat, das Jahr, die Himmelszeichen, das Sternbild, die Phasen des Mondes und die wahre Sonnenzeit aller Hauptstädte der Erde anzeigt. Die Wunderuhr enthält nicht weniger als 90 000 Rädchen.

# Der Generalangriff.

## Die Arbeiterschaft erwartet ihn stehenden Fußes.

Heute sollen im Tarifgebiet der nordwestlichen Eisenindustrie die Lohnherabsetzungen in Kraft treten, die die Unternehmer auf Grund der Verbindlichkeitserklärung des Schlichters von Dornhausen dekretiert haben.

Herrn Stegerwalds „Dec“ ist Lohn- und Preislenkung miteinander zu verbinden. Vordringlich sehen wir nur den Generalangriff auf die Löhne und Gehälter. Vom Generalangriff auf die Preise ist nichts zu spüren. Der Reichsindex der Lebenshaltungskosten ist im Juni sogar gestiegen.

Sogar der „Deutsche“ lehnt in einem grundsätzlichen Artikel in seiner Nummer vom 27. Juni die Verknüpfung von Lohn und Preis ab. Einen Erfolg hat Stegerwald zweifellos bereits errungen: die Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in die Abwehr gedrängt.

Diese Abwehrstellung hat gewiß ihre Nachteile. Sie hat aber auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, die gesamte Arbeiterklasse, Arbeiter, Angestellte und Beamte in eine Front zu bringen.

Wochte man besonders in Beamtentreisen auf die wohlverordneten Rechte bauend sich bisher von den Gewerkschaften distanzieren, die Pläne Stegerwalds zeigen, daß auch die Beamten auf Gehalt und Verdienst mit der Arbeiterklasse verbunden sind.

Gewiß werden die politisch im bürgerlichen Lager stehenden Führer der Beamten sich bemühen, die Klassenolidarität zu verwirklichen. Ebenso gewiß ist aber, daß ihnen das nicht mehr so gut gelingen wird wie bisher und daß die Vorkämpfer der Einheitsfront der Arbeiterklasse künftig unter den Beamten einen besseren Resonanzboden finden werden.

Und auch bei den Angestellten wird sich eine ähnliche Wandlung vollziehen. Ist es nicht ein Trauerspiel, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten und dessen Vertreter im Reichstag sich im Augenblick der Gefahr auf die Seite der Sozialreaktion schlagen und noch über die Vorschläge Stegerwalds hinaus die Verschlagung der Arbeitslosenversicherung fordern! War es nicht der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der den Lohnabbau einleitete, als er im Stahlwert Beder seine Zustimmung gab? Das sollte nur ein „Ausnahmefall“ sein! Dieser Ausnahmefall hat sich inzwischen auf 40 000 Angestellte der nordwestlichen Eisenindustrie ausgedehnt.

Wenn es der Arbeiterschaft nicht gelingt, den Lohnabbau abzuwehren, dann wird die Angestellten und Beamten kein Gott vor dem Gehaltsabbau bewahren. Wenn die Sozialversicherung abgebaut wird, dann werden so manche wohlverordneten Rechte der Beamten, so manche Vorteile der Angestellten in die Binsen gehen.

Aber vordringlich sind wir noch nicht so weit! Die Arbeiterschaft läßt sich von den Panismachern von rechts und „links“ nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Sie ist trotz aller Arbeitslosigkeit stark.

Die Wirtschaftskrise bedroht die Kapitalbesitzer mindestens ebenso stark wie die besitzlosen Arbeiter. Die Rationalisierung droht eine Riesenpleite zu werden, weil die mit schmerem Geld mechanisierten Betriebe nur mit halber Lunge atmen. Es ist eine Katastrophe, sie voll in Gang bringen zu wollen, indem man den Absatzmarkt noch mehr verengt.

Denn auf der Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten beruht auch die Kaufkraft des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirte. Die „Einsparungen“, die man hier macht, sind volkswirtschaftlich ruiniös.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ hat daran erinnert, daß 1924, als der Generalangriff auf den Achtstundentag erfolgte, die Abwehr so stark und nachdrücklich war, daß 35 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verloren gingen. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß sich die Widerstandskraft der Arbeiterschaft seitdem verzehnfacht hat.

Die Mitgliederzahl hat sich um mehr als eine Million erhöht. Der Einfluß der SPD. in den Gewerkschaften ist auf den Rückpunkt gesunken. Seit Wochen macht die SPD. ein großes Geschrei von einem „Generalstreik“ für den Siebenstundentag und 20 Pfennig Lohnerhöhung im Ruhrgebiet. Rein Mensch hört hin. An dem Tag aber, an dem der Deutsche Metallarbeiterverband das Zeichen zum Losschlagen geben wird, werden die Betriebe stillstehen.

Mit der inneren Einheit wuchs noch ungleich stärker die finanzielle Rüstung. 35 Millionen Arbeitstage, das ist gleichbedeutend mit einem vierteljährigem Kampf von nahezu einer halben Million Arbeiter. Die Gewerkschaften können heute den Unternehmern noch ganz anders ausspielen.

Lohnabbau? Abbau der Sozialversicherung? Die Arbeiterschaft erwartet den Angriff stehenden Fußes. Sie ist entschlossen, ihn abzuwehren.

# Die Gewerkschaften marschieren.

## In Berlin Mitgliederzunahme trotz schwerer Arbeitslosigkeit.

Der Gewinn von fast 42 000 Mitgliedern im Jahre 1928 und der anhaltende Zustrom zu den Gewerkschaften im Anfang des vorigen Jahres berechtigten den Ortsausschuß Berlin des DGB. zu der Hoffnung, am Jahreschluß 1929 mehr als 400 000 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen anstern zu können. Diese Hoffnung hat sich nicht ganz erfüllt. Die Bilanz des Ortsausschusses schließt für das Vorjahr mit einem Gewinn von nur 13 905 Mitgliedern und einem Bestand von 393 564 Mitgliedern am Jahresende ab. Kündigt diese geringe Zustahme der Berliner Gewerkschaftsbewegung etwa ein Stagnieren der Gewerkschaftsbewegung an? Im Gegenteil, sie zeigt nur, daß trotz der Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt die Spaltungspolitik der SPD. nur zum geringen Teil den Zustrom zu den Gewerkschaften hemmt. Wenn von Monat zu Monat die Zahl der Beschäftigten abnimmt, kann die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nicht zunehmen.

Betrachtet man rückwärtend die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Vorjahre sowie den an Gehäftigkeit nicht mehr überbleibaren Kampf der kommunistischen Partei gegen die freien Gewerkschaften und stellt das alles in Vergleich mit dem Jahre 1928, dann muß man sogar zugeben, daß der Gewinn von fast 16 000 Mitgliedern viel mehr wiegt als der von 42 000 Mitgliedern im Jahre zuvor. Es ist auch keine übertriebene Behauptung, zu sagen, daß sich die Berliner Gewerkschaften im Vorjahre

nicht nur gut gehalten, sondern auch gut geschlagen haben, obwohl ihre Aktionskraft durch die vorstehend skizzierten Erscheinungen stark gehemmt war. In Berlin wurden 1929 von 28 Gewerkschaften 725 Lohnbewegungen geführt, an denen 736 662 Personen, davon 299 807 Unorganisierte, beteiligt waren. 122 Bewegungen waren Streiks und vier Aussperrungen. Die meisten dieser Bewegungen endeten mit einem vollen oder teilweisen Erfolg. Erreicht wurde durch sie eine Gesamtlohnerhöhung von fast 1 1/2 Millionen Mark pro Woche oder

71,73 Millionen Mark pro Jahr.

Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeitregelung wurden ganz erhebliche Verbesserungen durchgeführt. Während 1928 rund 680 000 Arbeiter und Arbeiterinnen tariflich 48 Stunden und weniger arbeiteten, waren es 1929 bereits mehr als 900 000. Bis zu 52 Stunden wöchentlich arbeiteten 1928 noch 31 664 Personen, 1929 dagegen nur noch 27 247. Bis zu 54 Stunden arbeiteten 1928 noch 22 698 Personen, im Berichtsjahr 16 410 und über 54 Stunden schließlich 1928 noch 3280 Personen, 1929 dagegen nur noch 160.

Auch in finanzieller Hinsicht sind die Berliner Gewerkschaften ihren Mitgliedern ein starker Rückhalt gewesen. Von den rund 8 1/2 Millionen Mark Unterstützungen entfallen allein 3 569 468 M. auf Arbeitslosenunterstützung und 2 583 307 M. auf Krankenunterstützung, zusammen also 6 152 775 M. Daß die Ausgaben für Streikunterstützung von etwa 1 1/2 Millionen M. im Jahre 1928 auf 621 219 M. im Berichtsjahr zurückgegangen sind, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es den Gewerkschaften gelang,

die meisten Lohnkämpfe ohne Arbeitseinstellung zu einem Erfolg zu führen.

während die SPD. ihre lächerlich geringfügigen Kämpfe nur mit einem Mißerfolg beendet. Welcher Machtfaktor die Berliner Gewerkschaften auch in der Krisenzeit geblieben sind, geht daraus hervor, daß sie trotz der erhöhten Ausgaben für Unterstützungszwecke

ihre rein lokalen Kassensbestände um 924 060 M. auf 5,17 Millionen Mark erhöhten.

Beachtlich sind auch die Werbeerfolge der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, die das Geschäftsjahr 1929 abschloß mit 19 456 Mitgliedern unter 18 Jahren gegen 17 425 am Schluß des Jahres 1928.

Der Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin des DGB. vermittelt auch neben dem Ueberblick über die Entwicklung und das Wirken der Berliner Gewerkschaften im Vorjahre einen guten Einblick in die vielen Aufgaben, die die örtliche Spitzenorganisation zu erfüllen hat. In gedrängter Reihenfolge läßt er seine Mitarbeit in den verschiedensten Körperschaften, wie z. B. im Landesarbeitsamt, den Krankenkassen, der Gehag, den Kulturorganisationen der Arbeiterschaft usw., Revue passieren. Kurzum, der Bericht zeigt, daß der Ortsausschuß an allen Fragen regen Anteil nahm, die irgendwie die Interessen der Arbeiterschaft berühren. Der Bericht läßt aber auch mit Recht die Erwartung zu, daß die Berliner Gewerkschaften am Schluß dieses Jahres, das noch viel schwärzer ist als das vorausgegangene, ebenso unerschütterlich dastehen werden wie zu Ende des Jahres 1929, das ihnen keinen Abbruch gemacht hat.

O. Sch.

## Ortsausschuß zur Abwehr bereit.

Der Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin des DGB. wurde gestern in der Jahresgeneralversammlung von dem Vorsitzenden Bredow eingehend erläutert. Bredow ging dabei noch besonders auf die Pläne der Reichsanstalt ein, die auf eine Verschlagung der Berliner Fachnachweise hinauslaufen. Diese Pläne hat der Ortsausschuß zunächst durch seine Vertreter im Landesarbeitsamt zunichte gemacht. Den Bestrebungen müßte aber weiter Aufmerksamkeit geschenkt werden, da die Reichsanstalt jetzt anscheinend versucht, ihr Ziel auf anderen Wegen zu erreichen.

Auf die Lohnabbaukampagne der Unternehmer hinweisend, betonte Bredow zum Schluß, daß die Gewerkschaften in Berlin

gegen alle Angriffe auf die tariflichen Errungenschaften der Arbeiter gerüstet sind und jeden Vorstoß, auch wenn die Regierung mit von der Partie sein sollte, mit allen verfügbaren Mitteln entgegenzutreten werden.

Die Plenarversammlung befandete ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des Ortsausschusses im Vorjahr durch den Verzicht auf jede Diskussion über den Geschäftsbericht. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgte entsprechend den Vorschlägen der einzelnen Industriegruppen. Die bisher besetzten Sekretäre Bredow, Vorsitzender des Ortsausschusses, Siegle, Stellvertretender Vorsitzender, Sprung, Kassierer, und Zippel, Arbeiterssekretär wurden einstimmig wiedergewählt.

**Achtung, Staat!** Auf der Baustelle Tempelhof, Alibionstraße, Baufirma Körner, sind bei dem Stoakerunternehmer Albert Scharif vier Schütler eingestellt, die nicht den Arbeitsnachweis in der Gormannstraße passiert haben. Unseren Hinweis auf § 10, Absatz 3 des Tarifvertrages für das Stoakergewerbe ließ die Firma Scharif unbeachtet. Somit verhängen wir die Sperre für obige Baustelle ab Dienstag, dem 1. Juli.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin, Fachabteilung der Stoaker.

## Die 1/2 Prozent Stegerwalds.

### Was der christliche Metallarbeiterverband feststellt.

Essen, den 30. Juni. (Telunion)

Von seiten des Christlichen Metallarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß die Firma Krupp nunmehr das Ausmaß der Senkung der Akkordbezüge bekanntgegeben habe. Die Akkordabzüge für Facharbeiter sollen sich danach auf 15 bis 30 Pfennig je Stunde belaufen, so daß sich nach der Berechnung des Christlichen Metallarbeiterverbandes künftig Ausfälle von 40 bis 70 Mark im Monat ergäben. In einigen Betrieben der Firma Krupp habe die Arbeiterschaft aus der Erregung heraus sogar die Arbeitsstelle verlassen. — Von Werksseite war eine Neuerung hierzu noch nicht zu erlangen.

## Rundgebung der Mansfelder Arbeiter.

### Die Bedeutungslosigkeit der SPD.

Eisleben, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten haben seit Wochen in ihrer Presse, in Flugblättern und Versammlungen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob der Streik im Mansfelder Gebiet von ihnen geführt werde. Wie wenig an diesen Prophezeien ist, bewies eine Demonstration, die von den Gewerkschaften am Montag vormittag veranstaltet wurde.

Ein imposanter Demonstrationsszug bewegte sich von Helbra durch die Grundhöfer nach Eisleben. In muster-gültiger Ordnung und Disziplin erfolgte der Aufmarsch auf dem Marktplatz in Eisleben, der von den Massen restlos gefüllt wurde. Zehntausende Mansfelder Arbeiter hatten sich vereinigt, um in einer machtvollen Rundgebung ihre Ansicht über das Lohnkollat von Mansfeld in aller Öffentlichkeit kund zu tun. Der Vorsitzende des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Frh. Hufmann, sprach über die Ursachen und den Verlauf des Abwehrkampfes und wandte sich entschieden gegen die Absicht der Mansfeld U.-G. und des gesamten Unternehmertums, durch einen Lohnabbau die Wirtschaft wieder anturben zu wollen. Durch einen allgemeinen Lohnabbau, wie ihn die Unternehmer fordern, würde die Kaufkraft weiter Kreise sinken und dadurch die Krise nur noch schlimmer.

Kommunistische Störungsversuche beim Abmarsch der Demonstranten konnten den mutigen Eindruck des Massenaufmarsches der Gewerkschaften nicht beeinträchtigen. Die Demonstration hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Einfluß der SPD. im Mansfelder Bergbauggebiet gleich Null ist.

## Die Werftarbeiter stehen fest.

### Jeder Verschlechterungsversuch wird abgewiesen.

Die Werftarbeiter haben in einer am Sonntag im Bremer Volkshaus stattgefundenen Konferenz nach den Darlegungen Kempfens, des Vorsitzenden der Zentralwertkommission, über den Verlauf der Tariflohnbewegung auf den Schiffswerten sich mit den Forderungen und dem Vorgehen der Zentralwert und der Verhandlungskommission einverstanden erklärt. Mit aller Deutlichkeit haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie die von den Unternehmern beabsichtigten Lohnkürzungen und Verschlechterungen der bisherigen Tarifbestimmungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern werden. Die Bewegung werde nur nach streng gewerkschaftlichen Grundsätzen und nur nach den Anweisungen der Gewerkschaftsvorstände durchgeführt.

## Die Eisenbahner wehren sich.

### Gegen Lohn- und Sozialabbau.

Eine stark besuchte Konferenz der Gruppenfunktionäre der Abteilung Betriebsarbeiter der Reichsbahn des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Ortsgruppe Berlin, schloß nach einem Referat des Genossen Beilschmidt eine Entschlieung, in der es heißt:

„Die Gruppenfunktionäre verurteilen auf das schärfste den von der Regierung Brüning geplanten Lohnabbau, den Leistungsabbau der Krankenversicherung usw. auf Kosten der Lohnempfänger und der Arbeitslosen und unserer Beamten. Wenn die Verschuldung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gedockt werden muß, so sollte nichts unternommen werden, den in die Hunderte von Millionen Mark zugebilligten Zuschuß des Reiches an die Wehrmacht endlich restlos abzubauen. Die Verschlechter des Lohnabbau, insbesondere Herr Stegerwald, der der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorsteht, sollten lieber alles daran setzen, daß die 2 Millionen Arbeitslose möglichst schnell wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden, um die um 4—5 Milliarden Mark geschwächte Kaufkraft im Interesse der Volkswirtschaft zu beheben. Von der Reichsregierung und den Parlamentsvertretern, insbesondere von den Arbeiterparteien, wird erwartet, daß der Vorstoß des Herrn Karl v. Siemens, Präsident des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn, keine Annahme findet.“

„Rechtspredung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsstegefeh bis Ende April 1930“, in Broschürenform herausgegeben vom „Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personal- und Warenverkehrs“. Die Broschüre enthält die Entscheidungen des RAG. mit Anmerkungen von Clemens Körperl nach den Paragraphen des BVO. geordnet. Die Broschüre dient den Betriebsvertretungsmitgliedern, Arbeitsrichtern, Projektoren usw. als wertvolle Unterstützung bei ihrer Tätigkeit, da eine schnelle Orientierung auf dem Gebiet der höchstinstanzlichen Rechtspredung möglich ist. Zu beziehen ist diese Broschüre von der Verlagsanstalt „Courier“, Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 4. Preis je Exemplar für Gewerkschaftsmitglieder 1 Mark, für den Buchhandel 2 Mark.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielen die Gruppen: Süden, Südwesten auf dem Sportplatz „Am Leben“. — Deutz, Dienstag, 19 1/2 Uhr, tagen folgende Gruppen: „Kreuzberg“ Gruppenheim Schul-Wilhelmstraße, 33-34 (Vortag). — Deimelbepredung. — Humboldt: Gruppenheim Braun, 46 Vorkingstraße. — Deimelbepredung. — Verbandsbuchkontrolle. — Franzfurter Allee: 5. Abt. Gruppenheim Eilauer Str. 18. Deimelbepredung. Kontrolle der Verbandsbücher und Deimelbepredung. — Landberger Wäld: Gruppenheim Diefelmeierstr. 5. Deimelbepredung und Verbandsbuchkontrolle. — Eichenberg: Gruppenheim Volkstr. 22. Deimelbepredung. — Reu-Charlottenberg: Gruppenheim Gantzerstr. 41. Deimelbepredung. — Prenzlauer Gruppenheim Prenzlauer, Rillingenstr. 41. Deimelbepredung und Ebebeben. — Wilmers: Unter Abend im Saal 11 des Gewerkschaftsaufbaus, Engelstr. 24-25.

## Zuendardruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deutz, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Eichenberg: Gruppenheim Gantzerstr. 41. Lichtbildvortrag: „Jugendwachen“. Referat: Bredow. — Rothemann: Gruppenheim Ebebeben Str. 18-19. Beiseben.

